



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

11

*Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
November 2022*
Monatsbericht

GUTACHTEN

SCHWERER WINTER FÜR DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT

Bundesminister Robert Habeck stellt die Herbstprojektion
der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung vor

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 12. Oktober hat die Bundesregierung ihre Herbstprojektion vorgelegt, über die wir in dieser Ausgabe berichten. Die konjunkturelle Lage hat sich infolge der ausgefallenen Gaslieferungen aus Russland deutlich eingetrübt. Die Bundesregierung rechnet nur noch mit einem Wachstum von 1,4 % im laufenden Jahr, gefolgt von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 % im kommenden Jahr. Der deutschen Volkswirtschaft steht somit ein harter Winter bevor.

Die von gestiegenen Energiepreisen getriebene Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Bundesregierung rechnet mit Inflationsraten von 8,0 % im laufenden Jahr und 7,0 % im kommenden Jahr. Der starke Preisanstieg führt zu Kaufkraftverlusten und Reallohneinbußen, insbesondere der unteren Einkommensgruppen. Auch das beleuchten wir in dieser Ausgabe.

Die von Putins Angriff auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise droht sich zu einer ernststen Wirtschafts- und Sozialkrise auszuwachsen. Wir müssen jetzt alles daransetzen, den sozialen Zusammenhalt zu wahren und die gute Substanz unserer Volkswirtschaft zu erhalten. Putins Versuch, Deutschland und Europa zu destabilisieren, müssen wir abwehren. In der Bundesregierung haben wir uns daher auf einen 200 Milliarden Euro umfassenden Krisenfonds geeinigt. Unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Expertenkommission Gas und Wärme werden wir sehr zeitnah Maßnahmen vorlegen, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten. In der Herbstprojektion gehen wir davon aus, dass die Gaspreisbremse zu einer substanziellen Dämpfung der Inflationsrate führt.



Der Verzicht auf den Import jeglichen Rohöls aus Russland ab Januar 2023 stellt vor allem die beiden ostdeutschen Raffineriestandorte Leuna und Schwedt und einzelne Häfen Ostdeutschlands vor große Herausforderungen. Als Bundesregierung haben wir deshalb am 16. September 2022 ein umfassendes Zukunftspaket für die jeweiligen Regionen vorgestellt. Details dazu finden Sie in dieser Ausgabe.

Außerdem richten wir einen Blick auf die Rolle der Wirtschaft bei der diesjährigen UN-Klimakonferenz, den Kick-off der Initiative „Frauen in Mittelstand, Handwerk, Gründungen und Start-ups“ und den Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre.

ROBERT HABECK

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



MEHR IM WEB
Schlaglichter-Ausgaben
online lesen:
[www.bmwk.de/
schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

02

EDITORIAL

04

KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT

24

KURZ & KNAPP

–
Potenzialschätzung,
Frauen in der Wirtschaft

26

TERMINE

39

IMPRESSUM

WIRTSCHAFTSPOLITIK



07

GUTACHTEN

Schwerer Winter
für die deutsche
Volkswirtschaft

12

WOHLFAHRTS-
BETRACHTUNG

Preisanstieg
belastet
Kaufkraft und
Reallöhne



WORTMELDUNG

15

TRANSFORMATION

Fit für die
Zukunft ohne
russisches Öl



20

UN-KLIMAKONFERENZ

Die Rolle der
Wirtschaft
auf der COP27

KONJUNKTUR

28

Die wirtschaftliche
Lage in Deutschland
im Oktober 2022

34

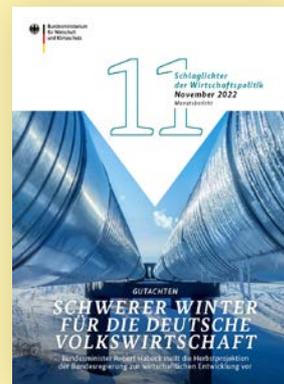
BIP-Nowcast für
das 3. und
4. Quartal 2022

36

Die Monetäre
Entwicklung

Die „Schlaglichter“ als Abonnement

Melden Sie sich für den
Schlaglichter-Newsletter
an und verpassen Sie keine
Ausgabe mehr.



KONJUNKTURSCHLAGLICHT

Oktober 2022

Die deutsche Wirtschaft steht vor einem schweren Winter und wird voraussichtlich in eine Rezession rutschen.



Gesamtwirtschaft



Die Wachstumserwartungen haben sich deutlich eingetrübt. Der Grund dafür ist der rechtswidrige Bruch aller Gaslieferverträge durch Russland. Dadurch ist es zu anhaltend hohen Energiepreisen gekommen. Positiv ist, dass die Lage am Arbeitsmarkt trotzdem stabil bleibt.



Privater Konsum



Der Umsatz im Einzelhandel setzte seinen Abwärtstrend im August weiter fort. Tankstellen verzeichneten allerdings aufgrund des im September auslaufenden Tankrabattes den größten Umsatzzuwachs seit Erhebung der Datenreihe. Insgesamt ist die Verbraucherstimmung aber weiterhin sehr stark eingetrübt.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Außenwirtschaft

AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Deutsche Bundesbank (BBk)

Die deutschen Ex- und Importe waren nach einem Dämpfer im Vormonat wieder deutlich im Plus.

Wie schon in den zurückliegenden Monaten entwickelten sich die Importe dabei dynamischer als die Exporte, wodurch sich der traditionelle Handelsbilanzüberschuss Deutschlands deutlich reduzierte.



Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt trotz globaler Unsicherheiten stabil. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der im Wesentlichen auf die Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen ist, hat nachgelassen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist allerdings erstmals seit Längerem nicht mehr gestiegen.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)



Produktion

Nach einem schwachen Start ins dritte Quartal stagnierte die Industrieproduktion zuletzt. Die energieintensiven Branchen meldeten aber spürbare Rückgänge. Die Auftragseingänge hingegen setzten ihren Abwärtstrend zuletzt wieder fort.

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGS EINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

WW

WIRTSCHAFTSPOLITIK



07

GUTACHTEN

Schwerer Winter
für die deutsche
Volkswirtschaft

12

WOHLFAHRTS-
BETRACHTUNG

Preisanstieg
belastet
Kaufkraft und
Reallöhne



WORTMELDUNG

15

TRANSFORMATION

Fit für die
Zukunft ohne
russisches Öl



20

UN-KLIMAKONFERENZ

Die Rolle der
Wirtschaft
auf der COP27

GUTACHTEN

Schwerer Winter für die deutsche Volkswirtschaft

Bundesminister Robert Habeck stellt die
Herbstprojektion der Bundesregierung zur
wirtschaftlichen Entwicklung vor



Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland haben sich in den letzten Monaten substanziell eingetrübt. Grund dafür ist der starke Anstieg der Energiepreise infolge des Stopps russischer Gaslieferungen, welcher zu Wertschöpfungsverlusten in der Industrie und Kaufkraftverlusten in breiten Schichten der Bevölkerung führt.

WACHSTUMSAUSSICHTEN NACH UNTEN KORRIGIERT

Vor diesem Hintergrund korrigiert die Bundesregierung ihre Wachstumserwartungen für die deutsche Volkswirtschaft deutlich nach unten, erwartet jedoch noch plus 1,4 % in diesem Jahr. Gründe sind die Erholung nach dem Wegfall der Corona-Einschränkungen und das robuste Wachstum im ersten Halbjahr. Allerdings dürfte ein „schwerer Winter“ vor uns liegen, der einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in drei aufeinanderfolgenden Quartalen einläutet, beginnend mit einem leichten Rückgang im dritten Quartal 2022. Die prognostizierten Rückgänge im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 dürften kräftiger ausfallen. Erst im Frühjahr 2023 wird voraussichtlich eine allmähliche Erholung einsetzen. Dies führt im Jahresdurchschnitt 2023 zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 0,4 %. Im Jahr 2024 erwartet die Bundesregierung eine Erholung um 2,3 %.

INFLATION BLEIBT AUF HOHEM NIVEAU

Die Inflationsrate bleibt auch weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Bundesregierung rechnet mit 8 % im Jahresdurchschnitt für 2022 und 7 % für 2023. Erst im Jahr 2024 beruhigt sich die Preisdynamik wieder bei einer Inflationsrate von 2,4 %. Dass die Inflationsrate nicht noch höher ausfällt, wird auch dem bis zu 200 Milliarden Euro schweren

Wirtschaftsabwehrschirm zu verdanken sein, der unter anderem mit dem Instrument der Strom- und Gaspreibremse einen deutlich dämpfenden Effekt auf die erwartete Preisentwicklung hat.

Die Abbildung zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes im Prognosezeitraum. Die Eckwerte der Herbstprojektion können der Tabelle entnommen werden.



Annahmen der Herbstprojektion 2022

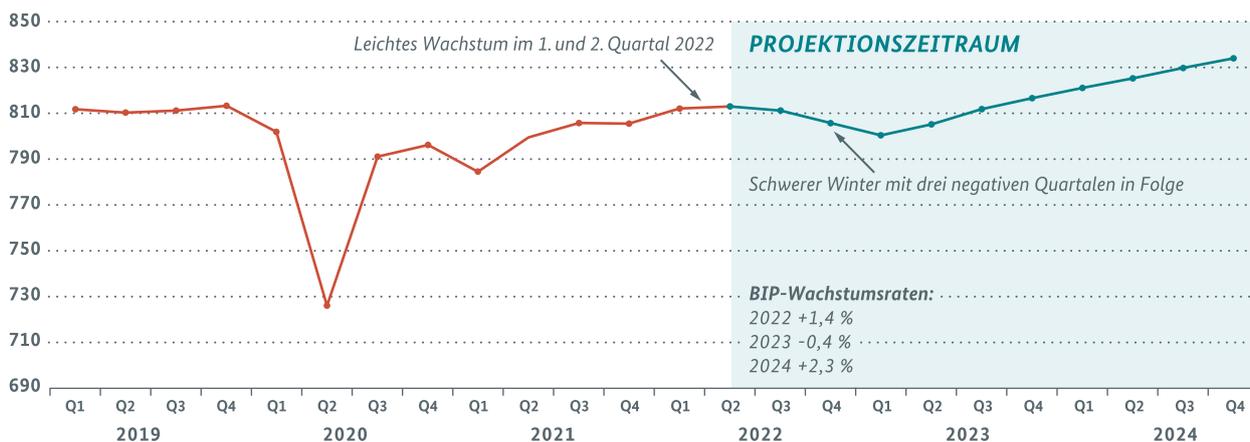
In der vorliegenden Projektion wurde der Wirtschaftsabwehrschirm nur überschlägig berücksichtigt, da die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung bei Finalisierung der Zahlen noch nicht feststand. Man kann aber von Entlastungen für Haushalte und Unternehmen bei den Gas- und Strompreisen ausgehen, die mit starken Einsparanreizen verbunden werden. Dadurch kommt es zu einem inflationssenkenden Effekt.

In Übereinstimmung mit Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft eine Erholung (+3,2%) in diesem Jahr und ein abgeschwächtes Wachstum (+2,3%) im kommenden Jahr erwartet. Im Jahr 2024 wird von einem Wachstum um 3,7% ausgegangen.

Für die Entwicklung des Ölpreises wird eine technische Annahme auf Basis von Terminotierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses getroffen. Demnach ist für das aktuelle Jahr von einem durchschnittlichen Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von rund 100 US-Dollar auszugehen. Im kommenden Jahr dürfte der Preis dann auf 84 US-Dollar fallen. Zum Ende des Projektionszeitraumes fällt der Rohölpreis weiter auf 78 US-Dollar. Für den Gaspreis wird für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Preis von 153 Euro pro Megawattstunde (MWh) erwartet. Nach einer Steigerung im Jahr 2023 auf 189 Euro sinkt der Preis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 117 Euro.

HERBSTPROJEKTION 2022: BIP-VERLAUF

Vierteljährliches BIP in Mrd. €



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Herbstprojektion 2022 der Bundesregierung

ABSCHWUNG DER WELTWIRTSCHAFT: EXPORTE SCHWÄCHELN, IMPORTE STABIL

Die Erholung der Weltwirtschaft nach der Corona-Krise ist durch den Konflikt in der Ukraine und die anschließende Energiepreiskrise deutlich ins Stocken geraten. Über den Winter dürften vor allem die entwickelten Volkswirtschaften der OECD-Länder niedrige Wachstumsraten zu beklagen haben. Dies wirkt sich auf die Prognose des deutschen Außenhandels aus.

Die deutsche Exportwirtschaft ist vor allem auf Investitionsgüter wie Maschinen, Anlagen oder Fahrzeuge spezialisiert. Die Nachfrage nach solchen Gütern reagiert relativ elastisch auf einen Abschwung der Weltwirtschaft, sodass die Unsicherheit durch den russischen Angriffskrieg und die in der Folge erlassenen Sanktionen die deutschen Exporteure hart treffen. Die Bundesregierung erwartet mit plus 1,4 % nur ein geringes Wachstum der deutschen Exporte im Jahr 2022. Im Jahr 2023 bleiben die Exporte der Projektion zufolge mit plus 2,0 % auf niedrigem Niveau, bevor sie sich im Jahr 2024 auf plus 3,5 % erholen.

Bei den Importen ergibt sich ein anderes Bild: Die deutsche Nachfrage nach Energiegütern ist relativ unelastisch, denn Energie wird benötigt, um die Volkswirtschaft am Laufen zu halten. Deshalb erwartet die Bundesregierung, dass die Importe mit plus 5,4 % im laufenden Jahr trotz massiver Preissteigerungen relativ stabil bleiben und in den kommenden Jahren nur gering ansteigen (2023: +1,9%; 2024: +3,6%).

Der Saldo der Leistungsbilanz dürfte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf 4,1 % sinken (2021 lag er bei 7,4 %), sich zum Ende des Prognosezeitraumes aber wieder etwas erholen (2024: 5,4 %).

UNSICHERHEIT UND PREISANSTIEGE DÄMPFEN DIE INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Das Investitionsklima in Deutschland leidet derzeit unter einer Reihe von Faktoren. Das stark gestiegene Preis- und Zinsniveau dämpft die Nachfrage nach Investitionsgütern. Angebotsseitig schränkt die schwer vorhersehbare Steigerung der Preise die Planbarkeit für die Unternehmen ein. Die Investitionsneigung sinkt auch vor dem Hintergrund des unsicheren Gasangebotes und geopolitischer Spannungen. Zudem scheinen sich die Knappheiten bei Rohstoffen und Vorleistungsgütern zuletzt wieder verschärft zu haben. Eine Belebung ist erst im Frühjahr 2023 zu erwarten, wenn die Lieferengpässe sich allmählich auflösen und die Preissteigerungsraten sich langsam wieder normalisieren dürften.

Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion davon aus, dass die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2022 zunächst um 0,6 % zurückgehen, bevor sie im Folgejahr um 0,3 % wachsen. Der Staat unterstützt die Erholung in erheblichem Maß: Zum einen werden die staatlichen Ausüstungsinvestitionen kräftig erhöht (vor allem im Bereich

der Bundeswehr). Zum anderen gewähren Programme wie der Energie- und Klimafonds (EKF) beträchtliche Investitionszuschüsse in den privaten Bereich, die die Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft ankurbeln. Die Investitionsquote des Staates dürfte mit 2,7 % im Jahr 2023 den höchsten Wert seit den 1990er-Jahren annehmen.

GAS- UND STROMPREISBREMSE DRÜCKEN INFLATIONSRATE IM KOMMENDEN JAHR NACH UNTEN

Die Verbraucherpreise haben seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine kräftig angezogen. So wurden Inflationsraten um die 10%-Marke erreicht – Höhen, wie sie seit Beginn der 1950er-Jahre nicht mehr vorkamen. Wesentlicher Treiber der Dynamik ist der Anstieg der Energiepreise. Auch die Preise für Nahrungsmittel tragen immer stärker zur Verteuerung der Lebenshaltung bei. Aber selbst die Kerninflation, also die Entwicklung der Verbraucherpreise unter Herausrechnung der volatilen Energie- und Lebensmittelpreise, erreicht inzwischen einen Wert von über 4 %. Die Bundesregierung hat auf den Inflationsdruck mit einer Reihe von kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen reagiert.

Angesichts des anhaltenden Krieges in der Ukraine und der inzwischen praktisch versiegten Erdgaslieferungen aus Russland ist keine rasche Entspannung bei den Energiepreisen zu erwarten. Allerdings deuten auf dem Großmarkt die Terminkontrakte für die verschiedenen Energieträger im weiteren Verlauf des Prognosezeitraumes auf eine leichte Entspannung hin. Trotz dieser zu erwartenden Beruhigung dürfte es dennoch eine Zeit lang zu Preisweitergaben an die privaten Verbraucher kommen, inklusive nochmaliger Anhebung der Tarife zum Jahreswechsel. Anders als bei den Großhandelspreisen könnte im neuen Jahr die Dynamik bei den Verbraucherpreisen daher erst einmal erhalten bleiben.

Dem dürften aber die geplante Gas- und die Strompreisbremse entgegenwirken, die die Haushalte und Unternehmen finanziell spürbar entlasten und zugleich Anreize zur Reduktion des Strom- und vor allem des Gasverbrauches erhalten sollen. Die Bundesregierung berücksichtigt dies in ihrer Projektion und erwartet für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 8 % (2023: 7 %).

ARBEITSMARKT TROTZ DER KRISE

Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz des Krieges bislang widerstandsfähig. Zwar kam es im Sommer erstmals in diesem Jahr wieder zu Anstiegen bei der registrierten Arbeitslosigkeit. Diese waren aber nicht konjunkturell bedingt, sondern ganz überwiegend darauf zurückzuführen, dass ukrainische Geflüchtete seit Juni in der Grundsicherung erfasst werden. Insgesamt dürfte die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr noch deutlich um fast 200.000 Personen sinken.

Im nächsten Jahr kommt es dann wieder zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit um



rund 90.000 Personen. Grund ist vor allem der statistische Überhang durch die Fluchtmigration in der zweiten Jahreshälfte, aber auch die allgemeine gesamtwirtschaftliche Schwäche. Dennoch wird kein Einbruch am Arbeitsmarkt erwartet, auch wenn der Krieg die Arbeitskräftenachfrage dämpft und zu einer reduzierten Beschäftigungsdynamik führt. Angesichts der Knappheiten am Arbeitsmarkt versuchen die Unternehmen vielmehr, ihre Beschäftigten zu halten.

Die Erwerbstätigkeit dürfte in diesem und den nächsten Jahren trotz Rezession weiter zulegen. Grund ist, dass die Zahl der offenen Stellen weiter auf hohem Niveau liegt – laut IAB gab es zuletzt fast zwei Millionen offene Stellen.

LÖHNE UND VERFÜGBARE EINKOMMEN STEIGEN, PRIVATER KONSUM LEIDET UNTER DER TEUERUNG

Für das laufende Jahr zeichnet sich eine Steigerung bei der Lohnentwicklung ab. Die Neuabschlüsse im ersten Halbjahr fielen auch aufgrund von Corona-Sonderzahlungen höher aus als im Vorjahr. Für den Großteil der Beschäftigten gelten allerdings noch ältere Tarifverträge mit mehrjähriger Laufzeit, die 2021 oder davor mit moderaten Steigerungen vereinbart wurden, als die Tarifparteien noch von geringeren Inflationsraten ausgingen.

Insgesamt dürften die durchschnittlichen Bruttolöhne in diesem und den nächsten zwei Jahren aber merklich steigen. Zu den Lohnsteigerungen trägt auch maßgeblich die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro ab dem 1. Oktober 2022 bei (Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer 2022: +4,5%; 2023: +5,0%; 2024: +4,7%).

Auch die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen im Jahr 2022 aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen aus den Entlastungspaketen kräftig an (+4,2%). Ab dem Jahr 2023 wirken sich zudem weitere von der Bundesregierung beschlossene Steuererleichterungsmaßnahmen aus. Die Netto-Steigerung fällt dann noch größer aus als die Brutto-Steigerung (+5,5%; 2024: +4,0%).

Die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte profitieren in der Summe von den Maßnahmen aus den Entlastungspaketen und dem wirtschaftlichen Abwehrrschirm. Sie steigen im laufenden Jahr und auch danach kräftig (2022: +5,8%; 2023: +4,8%; 2024: +5,3%). Auch die stabile Entwicklung am Arbeitsmarkt stützt die verfügbaren Einkommen der Haushalte.

Die privaten Konsumausgaben wiederum dürften angesichts der hohen Inflationsraten und der wirtschaftlichen Unsicherheit im Projektionszeitraum dennoch stark beeinträchtigt sein. Die hohen Energiepreise werden von den Unternehmen häufig weitergegeben und kommen mittlerweile in der Breite bei den Haushalten an. Im laufenden Jahr dürfte in preisbereinigter Rechnung zunächst aber noch ein kräftiges Plus von 4,3% stehen. Hier schlagen Corona-Aufholeffekte nach dem Wegfall praktisch

aller Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen und das gute erste Halbjahr zu Buche.

Ab dem Jahresschlussquartal 2022 dürfte der private Verbrauch allerdings zurückgehen – auch, da zu Jahresbeginn viele Energieversorger ihre Tarife nach oben anpassen werden. Insgesamt geht der reale private Konsum im Jahr 2023 laut Herbstprojektion um 0,9% zurück. Der Staat steuert hier mit Entlastungspaketen und dem Abwehrrschirm gegen und stabilisiert die Lage. Ohne diese Maßnahmen wäre das Minus beim privaten Konsum noch merklich größer. Im Jahr 2024 dürfte sich der preisbereinigte private Konsum dann wieder erholen (+2,4%).

PRODUKTIONSPOTENZIAL UND PRODUKTIONSLÜCKE

Das Produktionspotenzial wird von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der gemeinsamen EU-Methode geschätzt und beschreibt die wirtschaftliche Aktivität der Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren (konjunkturbereinigte bzw. strukturelle Wirtschaftsleistung). Krisenbedingt trüben sich auch die strukturellen Wachstumsaussichten ein, das Wachstum des Produktionspotenziales beträgt in den Jahren 2022 und 2023 preisbereinigt 0,8%. Ab dem Jahr 2024 dämpft der demografische Wandel zusätzlich das Potenzialwachstum, es wird eine Rate von 0,7% erwartet. Die Produktionslücke (BIP minus Produktionspotenzial) beträgt nächstes Jahr minus 1,8% und zeigt eine deutliche Unterauslastung an. Im Jahr 2024 wird die Normalauslastung im Zuge des erwarteten kräftigeren BIP-Zuwachses wieder nahezu erreicht.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung ist im Moment außerordentlich hoch. Ein zentraler Risikofaktor sind die Energiepreise. Die Bundesregierung geht in ihrer Projektion davon aus, dass es im Winter dank der mehr als zügig erfolgten Befüllung der Speicher und deutlicher Einsparungen beim Verbrauch nicht zu einer Gasmangel-lage kommt. Außerdem wurde unterstellt, dass es nicht erneut zu „harten“ Corona-Maßnahmen wie Ladenschließungen kommt.

Es gibt aber auch Chancen im aktuellen Umfeld. Sofern sich die Lieferengpässe im Zuge der nachlassenden weltweiten Nachfrage weiter entspannen, dürften Nachholeffekte in nicht energieintensiven Bereichen möglich sein. Denn die Auftragsbestände der Unternehmen sind nach wie vor hoch. —



KONTAKT

Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

schlaglichter@bmwk.bund.de

ECKWERTE DER HERBSTPROJEKTION 2022

TABELLE: GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	HERBSTPROJEKTION			
	2021	2022	2023	2024
ENTSTEHUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS (BIP)				
BIP (preisbereinigt)	2,6	1,4	-0,4	2,3
Erwerbstätige (im Inland)	0,1	1,2	0,3	0,3
BIP je Erwerbstätigem	-2,4	0,2	-0,8	2,1
BIP je Erwerbstätigenstunde	6,0	0,1	-0,8	0,0
nachrichtlich:				
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	3,3	2,8	3,0	3,0
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	5,7	5,2	5,4	5,2
VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	3,5	11,8	5,3	4,3
Staat	6,6	5,5	1,4	3,0
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	10,6	6,3	6,2
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	55,1	88,4	96,2	99,9
Inlandsnachfrage	6,1	10,8	4,7	4,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	191,6	75,5	98,5	112,1
Außenbeitrag (in % des BIP)	5,3	2,0	2,4	2,6
Saldo der Leistungsbilanz	7,4	4,1	5,0	5,4
BRUTTOINLANDSPRODUKT (nominal)	5,8	7,0	5,3	4,7
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	0,4	4,3	-0,9	2,4
Staat	3,7	2,8	-0,8	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	-0,6	0,3	3,9
Ausrüstungen	3,5	1,0	3,6	5,8
Bauten	0,0	-2,2	-2,1	2,9
Sonstige Anlagen	1,0	1,6	2,9	3,8
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	0,5	0,3	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	1,9	3,1	-0,5	2,4
Exporte	9,7	1,4	2,0	3,5
Importe	9,0	5,4	1,9	3,6
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,8	-1,6	0,1	0,0
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	2,6	1,4	-0,4	2,3
PREISENTWICKLUNG (2015 = 100)				
Verbraucherpreisindex	3,1	8,0	7,0	2,4
Konsumausgaben der privaten Haushalte	3,1	7,2	6,3	1,9
Inlandsnachfrage	4,1	7,5	5,3	2,0
Bruttoinlandsprodukt ⁴	3,1	5,6	5,7	2,3
VERTEILUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS (BNE)				
<i>(Inländerkonzept)</i>				
Arbeitnehmerentgelte	3,5	5,5	5,3	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	5,3	4,8	2,1
Volkseinkommen	6,7	5,5	5,1	4,0
Bruttonationaleinkommen	6,4	6,8	5,0	4,5
<i>nachrichtlich (Inländerkonzept):</i>				
Arbeitnehmende				
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	6,0	5,4	5,0
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmendem	3,3	4,5	5,0	4,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2,1	5,8	4,8	5,3
Sparquote in % ⁵	15,1	10,2	9,6	10,3

1 Bis 2021 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: August 2022;

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in % des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP);

4 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2021: 0,6%; 2022: 3,8%; 2023: 5,7%; 2024: 2,5 %;

5 Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche.

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Herbstprojektion 2022 der Bundesregierung

ASPEKTE DER WOHLFAHRTSBETRACHTUNG

Preisanstieg belastet Kaufkraft und Reallöhne

Untere Einkommensgruppen sind besonders betroffen

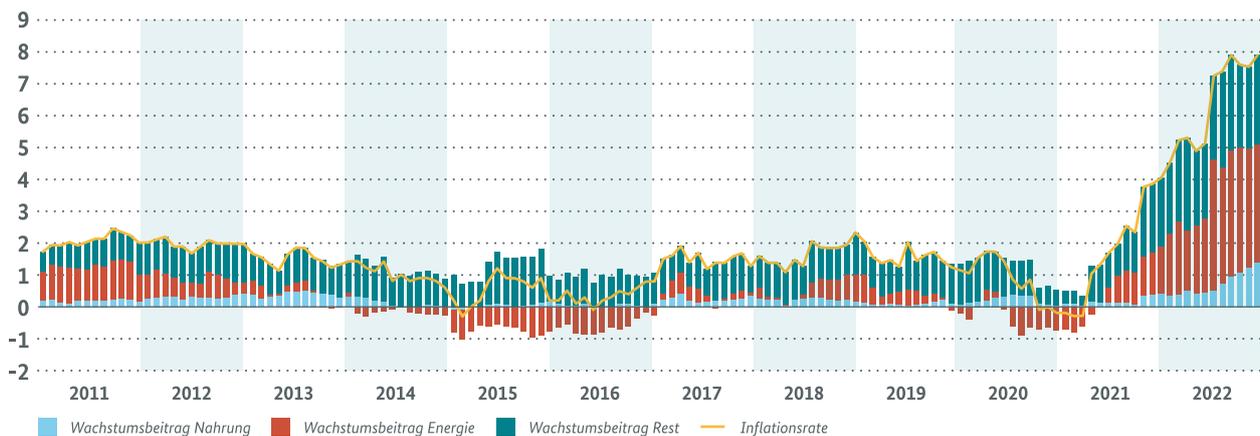
Energie-, Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise sind zuletzt deutlich gestiegen. Ursächlich hierfür sind die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges, die damit einhergehende Energiekrise sowie Lieferkettenprobleme, die zum Teil noch aus der Corona-Pandemie resultieren. Insgesamt übersteigt in vielen Sektoren die Nachfrage derzeit das Angebot an Rohstoffen, Vor- und Endprodukten und treibt damit die Preise in die Höhe. Dies gilt insbesondere für Energieträger, vor allem für Gas, das aufgrund der ausbleibenden russischen Lieferungen sehr knapp ist. Diese Teuerung schlägt sich auch in den Verbraucherpreisen in Deutschland nieder. Die Inflation weist

KAUFKRAFTVERLUSTE DURCH VERSCHLECHTERTE TERMS-OF-TRADE

Ein großer Teil der aktuellen Preisdynamik geht direkt oder indirekt auf die gestiegenen Preise importierter Produkte zurück. Diesen Preisanstiegen der importierten Güter steht jedoch kein entsprechender Preis- oder auch Mengenanstieg der exportierten Güter gegenüber; der Wert der importierten Güter steigt dementsprechend im Verhältnis zum Wert der exportierten Güter. Gesamtwirtschaftlich lassen sich diese importpreisbedingten Kaufkraftverluste anhand der sogenannten Terms-of-Trade beziffern, des

ABBILDUNG 1: ZUSAMMENSETZUNG DER INFLATIONSENTWICKLUNG

in % ggü. Vormonat



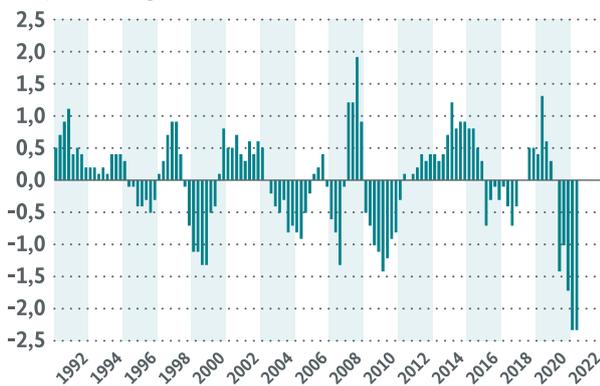
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), eigene Berechnungen

derzeit den höchsten Anstieg seit fünfzig Jahren auf (siehe Abbildung 1). Differenziert man die Inflationsentwicklung nach den Bereichen Nahrungsmittel, Energie und Übriges, wird deutlich, dass Nahrung und Energie zwischen 2011 und 2021 maximal 1,5 Prozentpunkte zur Inflation beigetragen haben. Im Zeitraum 2014 bis 2016 sowie im Jahr 2020 haben Energiepreise sogar deflationär gewirkt. Seit 2021 hat sich der Preisanstieg in allen Bereichen stark beschleunigt, vor allem aber bei Nahrungsmitteln und Energie, auf die zusammengenommen fast zwei Drittel der aktuellen Preisdynamik entfallen.

Preisverhältnisses von Exportgütern gegenüber importierten Gütern. Vor allem in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland, das stark in den internationalen Handel eingebunden ist, können die Kaufkraftverluste infolge von Energie- und Rohstoffpreissteigerungen sowie Währungsabwertungen, die die Importpreise ebenfalls deutlich steigen lassen, erheblich sein. →

ABBILDUNG 2: TERMS-OF-TRADE-EFFEKT

in %-Punkten; Differenz der Veränderungsrate von Realwert des BIP und preisbereinigtem BIP in %-Punkten



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

Abbildung 2 zeigt, dass die verschlechterten Austauschbedingungen Deutschlands mit dem Ausland bereits im Jahresverlauf 2021 die gesamtwirtschaftliche Kaufkraft verringert haben (negativer Terms-of-Trade-Effekt). Im bisherigen Jahresverlauf 2022 hat sich dieser Effekt im Zuge des Ukraine-Krieges noch deutlich verstärkt. Im ersten Halbjahr 2022 beläuft sich der Verlust auf rund 2,3% in Relation zum BIP.

EINKOMMENSCHWACHE HAUSHALTE SIND BESONDERS BELASTET

Neben der absoluten Höhe der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftverluste stellt sich auch die Frage, wo diese in der Gesellschaft am stärksten zu spüren sind. Betrachtet man die Verteilung der Kaufkraftverluste nach Einkommensgruppen, wird deutlich, dass sich ein derartiger Inflationsanstieg in der Regel sehr ungleich auswirkt. Dies resultiert aus unterschiedlichen Konsummustern von Haushalten je nach Einkommen: Einkommensschwache Haushalte geben die größten Anteile ihres Einkommens für Güter aus den Bereichen Nahrungsmittel und Energie aus. Somit werden sie durch die deutlichen Preissteigerungen dieser Güter und die resultierenden Kaufkraftverluste relativ gesehen besonders belastet (Priem et al. 2022). Anders als höhere Einkommensschichten können sie ihr Konsumverhalten auch weniger gut anpassen, da sie vor allem Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs konsumieren.

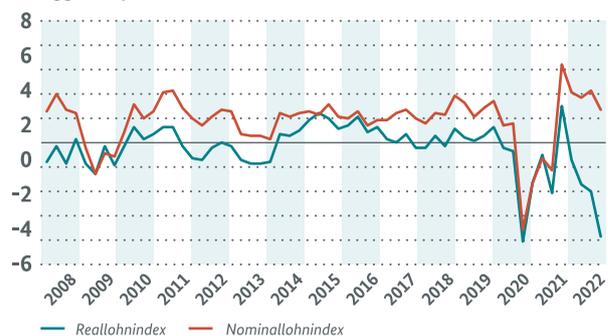
AKTUELLE KRISE FÜHRT ZU STARKEN REALLOHNVERLUSTEN

Die hohe Inflation wird jedoch für alle Erwerbstätigen zu einem zentralen Faktor der realen Lohnentwicklung. Von 2008 bis 2021 haben sich die durchschnittlichen Nominal- und Reallöhne aufgrund der niedrigen Inflation nahezu parallel entwickelt (siehe Abbildung 3). Erst seit Ende des

Jahres 2021, mit Einsetzen der hohen Inflation, fallen sie stark auseinander. Die Entwicklung der Nominallöhne am aktuellen Rand hält nicht mit der hohen Inflationsentwicklung Schritt, die Kaufkraft der Löhne sinkt. Während die Nominallöhne im vierten Quartal 2021 um 3,5% über dem Vorjahr lagen, ergab sich durch die massiven Preisanstiege ein Reallohnverlust von 1,8%. Diese Entwicklung hat sich im Verlauf des Jahres 2022 noch weiter beschleunigt: Im zweiten Quartal 2022 lagen die Reallöhne um 4,4% unter dem Vorjahresquartal.

ABBILDUNG 3: ENTWICKLUNG DER NOMINAL- UND REALLÖHNE*

in % ggü. Vorjahr



*Der Nominallohnindex bildet die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Sonderzahlungen ab, während der Reallohnindex die preisbereinigte Verdienstenwicklung darstellt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

UNTERSTE EINKOMMENSGRUPPE BESONDERS BETROFFEN

Analog zu Kaufkraftverlusten zeichnet sich auch für die Entwicklung der Reallöhne ein heterogenes Bild über die Einkommensgruppen hinweg ab. Während Abbildung 3 die durchschnittliche Reallohnentwicklung aller Erwerbstätigen aufzeigt, gibt Abbildung 4 Auskunft über die Lohnentwicklung in unterschiedlichen Einkommensgruppen. Hierfür werden die Haushalte entlang der Einkommensverteilung in zehn gleich große Gruppen, sogenannte Dezile, eingeteilt. Abbildung 4 zeigt die Verläufe ausgehend vom Jahr 2009, das als einheitliches Startjahr gesetzt wurde. Für die untersten beiden Einkommensgruppen (1. und 2. Dezil) zeigen sich über den Zeitraum von zehn Jahren seit 2009 durchschnittliche Wachstumsraten des Reallohns von 2 beziehungsweise 7%. Dagegen belaufen sich die Zuwächse für die mittleren und höheren Einkommensgruppen (Dezile 3 bis 9) auf durchschnittlich rund 12%, in der höchsten Einkommensgruppe (10. Dezil) sogar auf knapp 20%. Insofern hat ein Großteil der Beschäftigten im letzten Jahrzehnt deutliche Reallohn Gewinne realisiert, welche die Verluste am aktuellen Rand im Durchschnitt übersteigen. Lediglich für die unterste Einkommensgruppe trifft dies nicht zu.

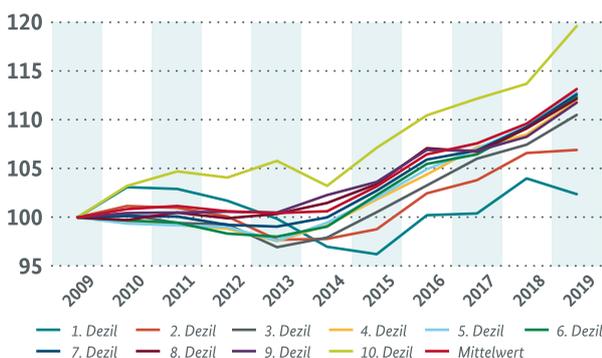


Grabka (2022) führt die gestiegene Migration nach Deutschland als einen wichtigen Faktor für Reallohnverluste in der unteren Einkommensgruppe auf: Aufgrund von zum Beispiel Sprachbarrieren oder administrativen Hemmnissen wie Arbeitserlaubnissen benötigte Integration Zeit, sodass viele Migrantinnen und Migranten oftmals zunächst ein sehr geringes Einkommen erzielen, das im Zeitverlauf erst sukzessive ansteigt.

Weiterhin impliziert die Reallohnentwicklung, dass es in den vergangenen Jahren insbesondere für die untersten Einkommensgruppen schwierig war, Rücklagen zu bilden, auf welche sie nun zurückgreifen könnten. Dementsprechend zeigen empirische Studien, dass die Einkommensbezieher in der unteren Hälfte der Verteilung in der Regel über keine ausreichend großen Vermögenswerte verfügen, die einen Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch „Entsparen“ in Form einer Verringerung der Sparquote oder einer Reduktion von Rücklagen ermöglichen (Albers et al. 2022; Bundesbank 2022).

ABBILDUNG 4: ENTWICKLUNG DER REALLÖHNE NACH EINKOMMENSDEZILEN

Reale Einkommen in Preisen von 2015



Population: Personen in Privathaushalten bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala
 Quellen: SOEPv36, Berechnungen des DIW Berlin (Grabka, 2022)

GEZIELTE UNTERSTÜTZUNG EINKOMMENSCHWACHER HAUSHALTE

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Kaufkraftverluste durch die gestiegene Inflation zwar die gesamte Gesellschaft treffen, sich aber am unteren Rand der Einkommensverteilung am deutlichsten manifestieren. Um zielgerichtet einkommensschwache Haushalte zu unterstützen, legen die ersten drei Entlastungspakete der Bundesregierung einen Fokus auf diese vulnerablen Gruppen. Neben Einmalzahlungen und der Ausweitung und Erhöhung des Wohngeldanspruches inklusive Einführung einer Heizkostenkomponente gibt es diverse Maßnahmen wie zeitweise vergünstigte ÖPNV-Tickets und eine Energiepreispauschale.

Zudem beabsichtigt die Bundesregierung, sowohl eine Strom- als auch eine Gaspreisbremse einzuführen, die die

inflationäre Wirkung des Energiepreisanstiegs deutlich abfedern sollen. So steuert die Bundesregierung dem größten Inflationstreiber, den Energiepreisen, zielgerichtet entgegen, ohne die notwendigen Anreize zum Energiesparen auszuhebeln. Allerdings können diese Maßnahmen die Kaufkraftverluste nicht völlig ausgleichen. —

WEITERE INFORMATIONEN

Kontakt:
 Dr. Holgen Lüthen & Dr. Sibylle Grabert
 Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Quellen:
 Albers, T., Bartels, C. and Schularick, M. (2022): *Wealth and Its Distribution in Germany, 1895-2018*; CESifo Working Papers 9739. t1p.de/wealth

Deutsche Bundesbank (2022): *Eine verteilungsbasierte Vermögensbilanz der privaten Haushalte in Deutschland – Ergebnisse und Anwendungen*; Monatsbericht Juli 2022, 15-40. t1p.de/vermoeqensbilanz

Grabka, M. (2022): *Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen*; DIW-Wochenbericht 23/2022, 329-337. t1p.de/haushaltseinkommen

Priem, M., Kritikos, A., Morales, O. und Schulze, J. (2022): *Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt*; DIW-Wochenbericht 28/2022, 387-394. t1p.de/folgen-der-inflation

schlaglichter@bmwk.bund.de



TRANSFORMATION

Fit für die Zukunft ohne russisches Öl

Bundesregierung bringt Zukunftspaket für ostdeutsche Raffineriestandorte und Häfen auf den Weg

Russland war bis vor Kurzem der wichtigste Öllieferant Deutschlands. Daher stellt das EU-Embargo gegen Importe von russischem Erdöl sehr hohe Anforderungen an die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland bei diesem derzeit noch für die Bevölkerung und Wirtschaft wichtigen Energieträger. Vor besonders großen Herausforderungen stehen in diesem Zusammenhang die beiden ostdeutschen Raffineriestandorte Leuna und Schwedt, weil sie bis Kriegsbeginn über die Druschba-Pipeline vollständig direkt mit russischem Öl beliefert wurden, sowie einzelne ostdeutsche Häfen, deren Ausbau für den Import von Rohöl und seinen direkten Transport zur Raffinerie PCK Schwedt erforderlich ist. Für die PCK-Raffinerie in Schwedt kam zudem der Umstand hinzu, dass über zwei deutsche Rosneft-Töchter als Mehrheitseigner ein russisches Unternehmen die Geschicke maßgeblich bestimmt hat.

Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund am 16. September 2022 ein umfassendes Zukunftspaket für die ostdeutschen Raffineriestandorte und Häfen vorgestellt und zugleich auf Grundlage des Energiesicherungsgesetzes die beiden deutschen Rosneft-Töchter „Rosneft Deutschland GmbH“ (RDG) und „RN Refining & Marketing GmbH“ (RNRM) unter die Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt.

TREUHANDVERWALTUNG SOLL WEITERBETRIEB VON RAFFINERIEEN SICHERN

Mit der Treuhandverwaltung wird die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes von RDG und RNRM und der Raffinerien und Ölleitungen, an denen sie beteiligt sind, gewährleistet und somit der drohenden Gefährdung der Energieversorgungssicherheit in



Deutschland begegnet. Auch wurden zunehmende Over-compliance-Probleme (Übererfüllung der Sanktionsvorgaben) in der Zusammenarbeit mit Zulieferern, Abnehmern und Banken beseitigt und der drohende Abfluss liquider Mittel nach Russland verhindert. Notwendige Maßnahmen für eine Weiterführung der Unternehmen ohne russisches Öl konnten eingeleitet und damit unter anderem ein wesentlicher Grundstein für den Erhalt und die Zukunft des Standortes Schwedt gelegt werden. Mit der Treuhandverwaltung erlangte der Bund die Kontrolle über beide Unternehmen und damit auch über deren Mehrheitsbeteiligung an der Raffinerie PCK Schwedt sowie über maßgebliche Beteiligungen an der Raffinerie BAYERNOIL in Vohburg, der Raffinerie Oberrheinische Mineralölwerke in Karlsruhe (MiRO) und Beteiligungen an verschiedenen Ölleitungen in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich. Mit der Anordnung der Treuhandverwaltung hat die Bundesnetzagentur die Stimmrechte der Rosneft-Gesellschafter übernommen, deren Verwaltungs- und Verfügungsbefugnisse zugleich beschränkt wurden. Zudem wurde eine neue Geschäftsleitung eingesetzt. Die Anordnung der Treuhand ist zunächst auf sechs Monate, bis zum 15. März 2023, befristet und kann verlängert werden.

ZUKUNFTSPAKET FÜR OSTDEUTSCHE RAFFINERIE- STANDORTE UND HÄFEN

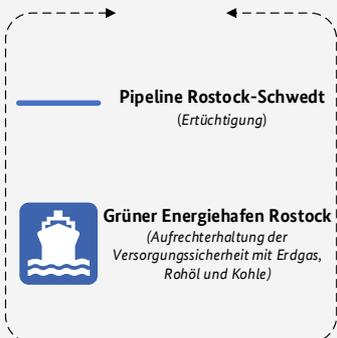
Die Bundesregierung verfolgt drei Ziele: die Versorgungssicherheit in Deutschland aufrechtzuerhalten, die Wertschöpfung und Beschäftigung an den Raffineriestandorten angesichts der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten negativen Effekte auf die dortige Wirtschaftsstruktur zu erhalten und die Zukunftsfähigkeit der Standorte zu stärken. Sie hat deshalb am 16. September zusätzlich zur Treuhandverwaltung ein umfassendes Zukunftspaket für die ostdeutschen Raffineriestandorte und Häfen zum Erhalt der Wertschöpfung und für eine erfolgreiche Transformation auf den Weg gebracht, das aus verschiedenen struktur- und wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen besteht (siehe Abbildung 1).



Bestandteile des Zukunftspaketes



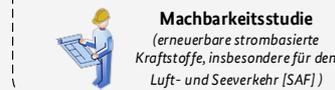
GRW-Sonderprogramm



**Infrastruktur/
Versorgungssicherheit**

Zukunftspaket

„Sicherung der PCK und Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen beschleunigen“



Transformation



**Weitere Maßnahmen
(Auswahl)**



Michael Kellner

Parlamentarischer Staatssekretär im BMWK

WELCHE ZIELE WERDEN MIT DER TREUHAND VERFOLGT?

Die Arbeit der PCK-Raffinerie, die für die Versorgung weiter Teile Ostdeutschlands sehr wichtig ist, war stark gefährdet. Durch die Treuhand konnten Overcompliance-Probleme aufgelöst werden, Lieferanten und Abnehmer sind wieder zur Zusammenarbeit bereit und die Produktion in Schwedt kann weitergehen. In der Treuhand wird die Fortführung des Geschäftsbetriebes nach dem Öl embargo aktiv vorbereitet und alternative Ölbezugsquellen werden erschlossen. Somit ist die Treuhand ein wichtiger Schritt zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Ostdeutschland.

WIE GEHT ES MIT DEN OSTDEUTSCHEN RAFFINERIE-STANDORTEN, DIE BISLANG RUSSISCHES ÖL VERARBEITEN, NACH DEM EMBARGO WEITER?

Sie werden auch zukünftig Rohöl verarbeiten, aber kein russisches. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Standorte fit für die Zukunft gemacht werden. Dabei unterstützen wir tatkräftig. Hier bietet das Zukunftspaket viele Spielräume für Investitionen in die Zukunft, in grüne Energien, Innovation und hochwertige und sichere Arbeitsplätze. Damit wird die gesamte Region gestärkt.

WIE WIRD DAS ZUKUNFTSPAKET KONKRET UMGESETZT?

Wir werden soweit möglich auf bestehenden Strukturen und Verfahren aufsetzen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Das GRW-Sonderprogramm etwa wird gemeinsam von Bund und Ländern konzipiert und finanziert, dann aber in alleiniger Zuständigkeit von den Ländern umgesetzt. Diese Art des Zusammenwirkens und der Arbeitsteilung ist wichtig. Denn sie ermöglicht es, den von dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten negativen Effekten auf die Entwicklung der ostdeutschen Raffineriestandorte mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern zu begegnen. Wichtig ist: Das Problembewusstsein und die Expertise vor Ort werden einbezogen. —

GRW-SONDERPROGRAMM ALS TRANSFORMATIONS BESCHLEUNIGER

Herzstück des Zukunftspaketes ist ein Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Als zentrales Instrument der regionalen Strukturpolitik in Deutschland ist die GRW vor allem aufgrund ihres ganzheitlichen Ansatzes – Förderung von Unternehmensinvestitionen, Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur sowie weitere Maßnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität – dazu geeignet, einen durch private und öffentliche Investitionen ausgelösten Modernisierungsschub anzustoßen.

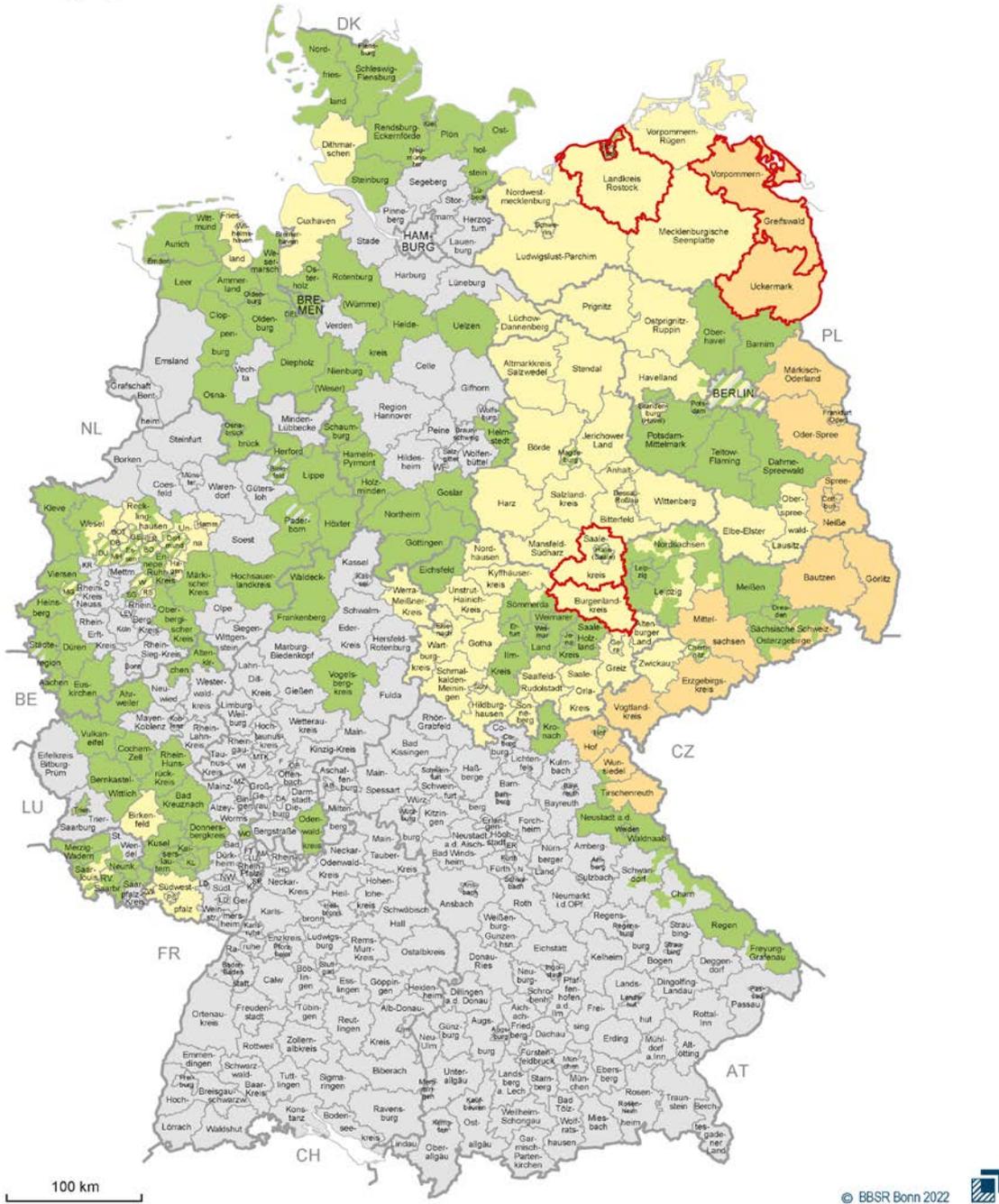
Zum Zielgebiet des bis 2037 angelegten und mit 750 Millionen Euro ausgestatteten GRW-Sonderprogramms gehören die Landkreise, in denen die Raffinerien Schwedt und Leuna liegen, um die Transformation vor Ort zu stärken: Uckermark in Brandenburg sowie Saalekreis und Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt (aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zu Leuna). Außerdem werden die Stadt Rostock, der Landkreis Rostock und der Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern Bestandteil des Fördergebietes sein (siehe Abbildung 2). Investitionen in diesen Landkreisen sollen insbesondere dazu beitragen, die Transformation des größten und für die Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung und Wirtschaft mit Rohöl besonders relevanten ostdeutschen Ostseehafens in Rostock zu einem „grünen Energiehafen“ zu beschleunigen. Die Auswahl der konkreten Investitionsvorhaben des Sonderprogramms obliegt den Ländern.

Der Bund und die drei beteiligten Länder werden die Finanzierung des GRW-Sonderprogramms jeweils hälftig übernehmen. Das Programm bedarf noch einer Zustimmung des sogenannten „GRW-Koordinierungsausschusses“ auf Ebene der Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister sowie -senatorinnen und -senatoren von Bund und Ländern sowie des Bundesministers der Finanzen.

INVESTITIONEN IN DIE PIPELINE ROSTOCK-SCHWEDT

Ein weiterer elementarer Bestandteil des Zukunftspaketes ist die Ertüchtigung der Pipeline Rostock-Schwedt zur Versorgung der PCK-Raffinerie mit nicht russischem Öl. Diese muss für einen Dauerbetrieb und eine Ausweitung der Raffinerie-Kapazität fit gemacht werden, um einen stabilen wirtschaftlichen Betrieb der PCK und damit eine adäquate Versorgung Nordostdeutschlands, insbesondere im Bereich der Bundesländer Berlin und Brandenburg, sicherzustellen. Aufgrund des nationalen Interesses zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in Deutschland und der zentralen Funktion der Raffinerie PCK in Schwedt für die Versorgungssicherheit in ihrem Liefergebiet wird die Bundesregierung die zur Ertüchtigung erforderlichen Maßnahmen finanzieren. →

GRW-Fördergebiete 2022–2027 und Fördergebiete des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“



Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Zeitraum 2022–2027 sowie des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“ in gemeindefarbener Abgrenzung

Datenbasis: Referenz des BMW vom 11.01.2022
 Geometrische Grundlage: Gemeinden (generalisiert),
 31.12.2020 © GeoBasis-DE/BKG
 Bearbeitung: G. Lackmann

- C-Fördergebiet
- C-Fördergebiet mit Grenzzuslag gem. Rn. 184 Regionalbeihilfeleitlinien
- D-Fördergebiet
- teilweise C-Fördergebiet, teilweise D-Fördergebiet
- teilweise C-Fördergebiet mit Grenzzuslag gem. Rn. 184 Regionalbeihilfeleitlinien, teilweise D-Fördergebiet
- teilweise D-Fördergebiet, teilweise kein Fördergebiet
- zugleich Fördergebiet des GRW-Sonderprogramms (Die Stadt Halle/Saale zählt nicht zum Fördergebiet des Sonderprogramms)
- kein Fördergebiet

Name Landkreis
 Name kreisfreie Stadt
 — Grenze Landkreis bzw. kreisfreie Stadt
 — Grenze Bundesland

In diesem Zusammenhang kommt auch dem Rostocker Hafen eine entscheidende Bedeutung zu, um einerseits die Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung und Wirtschaft mit Rohöl sicherzustellen und andererseits mittelfristig beim Ausstieg aus dem Verbrauch fossiler Energieträger voranzukommen. Die Bundesregierung wird nicht nur die dafür erforderlichen Investitionen am größten deutschen Ostseehafen im Rahmen des GRW-Sonderprogramms finanziell unterstützen, sondern zudem Investitionen fördern, die im Zusammenhang mit dem Umbau der Hafeninfrastruktur zur kurzfristigen Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit Erdgas, Rohöl und Kohle beitragen.

Ein weiterer wichtiger Versorgungsweg mit Rohöl führt vom Hafen in Danzig zur PCK-Raffinerie in Schwedt. Deshalb wird die Bundesregierung auch ihre Gespräche mit der polnischen Regierung zu den Rahmenbedingungen für Öllieferungen über Danzig nach Schwedt mit hoher Priorität fortsetzen. Gleiches gilt für die Gespräche der Bundesregierung mit der kasachischen Regierung zum Bezug kasachischen Öls über die Druschba-Pipeline, mit dem Ziel, zusätzliche Mengen für die PCK zu sichern.

SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN UND WERTSCHÖPFUNG IN BETROFFENEN REGIONEN

Die Bundesregierung sieht sich selbst, aber auch die Gesellschafter der PCK-Raffinerie in Schwedt in der Pflicht, die Beschäftigung mit geeigneten Maßnahmen zu sichern und durch Arbeitsausfall bedingte Kündigungen zu vermeiden. Sie beabsichtigt zudem für die Jahre 2023 und 2024 flankierende Lösungen zum Kurzarbeitergeld, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der PCK-Raffinerie, deren Arbeitszeit sich im Zusammenhang mit dem EU-Embargo gegen Importe von russischem Erdöl verringert, zu unterstützen und wird in diesem Zusammenhang auch auf die Gesellschafter der PCK-Raffinerie zugehen.

Über diese Maßnahmen hinaus enthält das Zukunftspaket der Bundesregierung eine Reihe von weiteren Maßnahmen, die die Grundlagen für eine beschleunigte Transformation verbessern sollen. So werden für die Regionen, die zum Fördergebiet des GRW-Sonderprogramms gehö-

ren, 100 Millionen Euro zusätzliche Haushaltsmittel des Bundes bereitgestellt, um weitere Projekte in ausgewählten bereits bestehenden Förderprogrammen des Bundes durchzuführen beziehungsweise gestiegene Projektkosten auszugleichen. Die Bundesregierung wird zudem auf Basis einer Machbarkeitsstudie über eine zusätzliche Förderung der Nutzung und Weiterentwicklung vorhandener Raffinerie- und Transportinfrastrukturen (zum Beispiel Häfen) für die Produktion oder Weiterverarbeitung erneuerbarer strombasierter Kraftstoffe, insbesondere für den Luft- und Seeverkehr (SAF), entscheiden. Der Bund wird außerdem die Gründung einer Zweigstelle der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde und den Aufbau von gründungsunterstützenden Strukturen für innovative Start-ups finanziell unterstützen. Und schließlich wird die bundeseigene Germany Trade & Invest (GTAI) gezielt nach passenden Greenfield-Investoren für die Regionen des GRW-Sonderprogramms suchen. —

WEITERE INFORMATIONEN

Weitere Informationen zum Zukunftspaket und zur Treuhandverwaltung Rosneft Deutschland: www.bmwk.de/zukunftspaket

Kontakt:

Dr. Bastian Alm & Dr. Julian Adam,
Referat: Regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik, Gemeinschaftsaufgabe (GRW), Gesamtdeutsches Fördersystem

Tanja Alemany,
Referat: Projektgruppe Öl

Yvonne Kaupert,
Referat: Garantien und Fremdkapital;
volkswirtschaftliche Prüfung

Dr. Sebastian Duwe,
Referat: Büro Parlamentarischer Staatssekretär Kellner

schlaglichter@bmwk.bund.de

750

MILLIONEN EURO

werden über das GRW-Sonderprogramm zur Verfügung gestellt.

UN-KLIMAKONFERENZ

Die Rolle der Wirtschaft auf der COP27

Im ägyptischen Sharm El Sheikh diskutieren 198 Staaten und Wirtschaftsvertreter im November auch darüber, wie der Klimaschutz den Wandel der Weltwirtschaft antreiben kann.

Vom 7. bis zum 18. November findet die nächste Runde der internationalen Klimaverhandlungen statt, diesmal in Sharm El Sheikh unter ägyptischem Vorsitz. Auf der sogenannten COP (Conference of the Parties) treffen sich die 198 Vertragsstaatsparteien der Klimarahmenkonventionen (UNFCCC) bereits zum 27. Mal.

Die COPs gehören nicht nur zu den wichtigsten internationalen politischen Treffen jedes Jahres, sondern sind mit einer Vielzahl von Veranstaltungen auch wichtige Foren für Zivilgesellschaft, Wissenschaft und zunehmend die Wirtschaft, denn die Klimapolitik setzt den übergeordneten Rahmen, um unser tägliches Leben für die Zukunft zu rüsten. Von ihren Ergebnissen ist die Bekämpfung des Klimawandels in hohem Maße abhängig, denn dazu gehören unter anderem eine saubere Stromversorgung, energiesparendes Wohnen, Mobilität, die nicht der Luft und somit der Gesundheit schadet, und innovative Industrie mit guten Jobs. All diese Maßnahmen und noch viele wei-

tere machen die Bekämpfung des Klimawandels aus. Auch auf globaler Ebene hat Klimapolitik weitreichende Auswirkungen und beeinflusst beispielsweise geopolitische Abhängigkeiten sowie die Außenwirtschafts- und diplomatischen Beziehungen von Staaten.

2022 – EIN JAHR MIT UNRUHIGEN VORZEICHEN

Die Delegierten der Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft werden von einem turbulenten Jahr 2022 geprägt sein. Unweigerlich werden die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die globale Energiekrise auch hier im Vordergrund stehen. Daneben ist der sich beschleunigende Klimawandel in diesem Jahr mit häufiger und intensiver auftretenden Extremwetterereignissen weltweit erneut besonders deutlich in Erscheinung getreten. Allein in Europa führten Hitzewellen



zu mehreren Tausend Toten, in Pakistan betreffen Monsun-Regenfälle und Überflutungen bis zu 33 Millionen Menschen und am Horn von Afrika facht die schlimmste Dürre seit 40 Jahren eine Hungerkrise enormen Ausmaßes weiter an.

Direkte Auswirkungen des Klimawandels zeichnen sich auch zunehmend für die Wirtschaft ab. Der globale Versicherer Munich Re sieht bei zwei Dritteln der Weltwirtschaft Abhängigkeiten vom Wetter, das sich aufgrund des Klimawandels zunehmend verändert, und viele Fachleute warnen vor drastischen Folgen für Produktivität, Lieferketten und Investitionen. Erste Anzeichen von drohenden wirtschaftlichen Schäden sind bereits heute zu spüren: Die EZB beziffert die Klimaschäden innerhalb der Eurozone im Jahr 2019 auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts. Deutschland hatte derweil mit den Hitzesommern der Jahre 2018 und 2019 sowie den Sturzfluten an Ahr und Erft im Jahr 2021 über 80 Milliarden Euro an Schäden zu verzeichnen. Analysen zeigen, dass die jährlichen Schadenssummen ohne ambitionierten Klimaschutz um ein Vielfaches zunehmen werden.

Klimaschutz und -anpassung sind aber nicht nur überlebenswichtig und vermeiden wirtschaftlichen Schaden. Vielmehr können sie ökonomisch vorteilhaft sein, wie Berechnungen zahlreicher führender Institute und internationaler Organisationen zeigen. So erwartet die Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung von Energieeffizienz und anderen „grünen“ Technologien ein Netto-Plus von 20 Millionen Jobs weltweit bis zum Jahr 2050. Kurzfristig (also bis 2030) rechnet IRENA sogar mit einem noch höheren Netto-Zuwachs an Jobs. Auch das globale Wirtschaftswachstum würde in den kommenden 30 Jahren dann um durchschnittlich 2,4 % höher ausfallen. Darüber hinaus prognostiziert etwa die Internationale Energieagentur (IEA), dass der Umstieg von fossilen auf klimafreundliche Energien bis 2050 jährlich zwei Millionen Menschen das Leben retten könnte, die derzeit aufgrund hoher Luftverschmutzung vorzeitig sterben.

ZAHRLICHE DRÄNGENDE THEMEN AUF DER COP27

Die drängenden Klimaschutzfragen vor dem Hintergrund der globalen Energiekrise zu diskutieren wird eine besondere Herausforderung der COP27. Dabei ist bei der als „afrikanische“ COP titulierten Klimakonferenz der gastgebende Kontinent mit am stärksten vom Klimawandel betroffen. Die drängendsten Themen bei den internationalen Verhandlungen sind die Realisierung der von den Industriestaaten versprochenen Finanzierung für Klimaschutz und -anpassung, der Umgang mit Klimaschäden und daraus resultierenden Kosten sowie die bessere Anpassung an Klimaveränderungen.

Aus Sicht der Bundesregierung müssen auch Fortschritte bei den Klimaschutzzielen zur Reduktion von Treibhausgasen erzielt werden, die Staaten im Rahmen ihrer nationalen Klimabeiträge (NDCs) einreichen (siehe Kasten). Diese sollen für die einzelnen Wirtschaftssektoren zudem konkretisiert und deren Umsetzung unter anderem mit internationalen öffentlichen und privaten Initiativen unterstützt werden. Auch gilt es, Fragen zur internationalen Klimafinanzierung sowie zur Ausrichtung der privaten Finanzströme auf die Pariser Klimaziele zu klären.

Zwischenbilanz der globalen Klimaschutzanstrengungen – Langfristziele und NDCs (Nationally Determined Contributions)

In seinen letzten Berichten hatte der Weltklimarat (IPCC) die dramatischen Folgen einer globalen Erwärmung von mehr als 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter aufgezeigt. Als Folge entsteht zunehmend ein internationaler Konsens, die Klimapolitik auf die Erreichung des 1,5-Grad-Zieles, anstatt auf das „deutlich unter 2 Grad“-Ziel des von 194 Staaten unterzeichneten Pariser Klimaabkommens aus dem Jahr 2016 auszurichten. Mittlerweile bekennen sich mehr als 70 Staaten dazu, entweder alle ihre nationalen Treibhausgasemissionen oder zumindest die CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts zu senken, und haben entsprechende Ziele formuliert. Insgesamt werden circa drei Viertel der globalen Emissionen von diesen Zielen erfasst. Allerdings würde bei Erfüllung der Ziele laut IEA die globale Erwärmung „nur“ auf 1,8 Grad begrenzt – eine Differenz von 0,3 Grad. Wichtiger als diese „Ambitionsücke“ ist allerdings die derzeitige tatsächliche „Umsetzungslücke“ des globalen Klimaschutzes, denn die bislang getroffenen beziehungsweise vorgesehenen Politikmaßnahmen führen laut den Vereinten Nationen vielmehr zu einer globalen Erwärmung von bis zu 2,7 Grad Celsius. Ihre aktuellen Politikmaßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 legen Staaten in den sogenannten Nationalen Klimabeiträgen (Nationally Determined Contributions; NDCs) dar. Das Pariser Klimaabkommen sieht vor, dass diese in der Regel alle fünf Jahre nachgebessert werden, um die Erreichung der Klimaschutzziele zu garantieren. Die EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, reichen ein gemeinsames NDC ein. Das aktuelle NDC der EU sieht eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um 55 % als Zwischenziel auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2050 vor. Auf der COP26 hatten sich die Staaten weltweit darauf geeinigt, bis Ende des Jahres 2022 ihre Emissionsminderungsziele für 2030 zu überarbeiten und zu stärken.

ZUNEHMENDE BEDEUTUNG DER WIRTSCHAFT FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Seit dem erfolgreichen Abschluss des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der Einigung auf Umsetzungsregeln im Rahmen der COP26 in Glasgow im letzten Jahr steht das konkrete Handeln der Regierungen zur Erreichung der Klimaschutzziele immer stärker im Fokus der Klimakonferenz.





Geschäftsmodelle werden zunehmend klimafreundlich ausgerichtet

In Deutschland ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) dafür verantwortlich, die klimafreundliche Transformation der deutschen Wirtschaft zu gestalten und in die Anstrengungen zum internationalen Klimaschutz zu integrieren, etwa durch Ausrichtung der Außenwirtschaftsförderung entlang der Ziele Diversifizierung, Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung. Die Bundesregierung verpflichtete sich in diesem Sinne auf der COP26 in Glasgow und im Rahmen der G7 unter anderem dazu, grundsätzlich die neue direkte öffentliche Förderung internationaler Projekte in fossile Energien – außer in eng begrenzten Ausnahmen – im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel bis Ende des Jahres 2022 zu beenden. Dies soll auch von den multilateralen Entwicklungsbanken gefordert werden, in deren Gremien die Bundesregierung vertreten ist. Ebenso bestätigte die Bundesregierung zusammen mit den G7, dass Subventionen für fossile Energien nicht mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar sind, und bekräftigte ihr Engagement für die Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Energien bis 2025.

Auch Unternehmen, Banken und andere Finanzinstitutionen richten ihre Investitionen und Geschäftsmodelle zunehmend klimafreundlich aus. Denn die enormen Investitionsbedarfe für die Transformation der Wirtschaft

sind allein aus öffentlichen Mitteln nicht zu bewerkstelligen. Die globale Energiewende erfordert Schätzungen zufolge nur in dieser Dekade Investitionen von jährlich 5 bis 5,7 Billionen US-Dollar. Mit der Erfüllung der Klimaschutzziele ist auch die Entwicklung und Erschließung völlig neuer Märkte für innovative „grüne“ Technologien, Produkte und Dienstleistungen verbunden. So hat laut der International Finance Corporation das Pariser Klimaabkommen allein in 21 ausgewählten Schwellenländern einen potenziellen Markt von 23 Billionen US-Dollar für klimafreundliche Investitionen bis zum Jahr 2030 geschaffen.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Unternehmen in Deutschland, die saubere Technologien zusammen mit Partnern anderer Länder weiterentwickeln oder diese exportieren, können aus einer breiten Palette bewährter Förderinstrumente des BMWK schöpfen. Dazu zählen beispielsweise die Expertise des weltweiten Netzes der Auslandshandelskammern und Delegationen (AHK-Netz), das Informationsangebot der bundesdeutschen Außenwirtschaftsfördergesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI), das BMWK-Markterschließungsprogramm für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Exportkreditgarantien, die Exportinitiative Erneuerbare Energien und das darin enthaltene Projektentwicklungsprogramm (PEP) sowie Mittel aus der Nationalen Wasserstoffstrategie. Einen weiteren wichtigen Baustein stellt die Einigung von Bundeskanzler Olaf Scholz mit seinen G7-Amtskollegen auf dem Gipfel in Elmau im Juni dar, bis Ende des Jahres einen Klimaclub ins Leben zu rufen. Dieser soll helfen, in internationaler Abstimmung den Klimaschutz und insbesondere die



Dekarbonisierung in CO₂-intensiven Industrien, die besonders dem globalen Wettbewerb ausgesetzt sind (wie die Stahlindustrie), voranzutreiben. Zudem konnten die G7 dieses Jahr wesentliche Fortschritte im Hinblick auf die Voraussetzungen für eine Definition „grüner“ Grundstoffe (zunächst bezüglich Stahl und Zement) und begleitende Politikmaßnahmen zur Dekarbonisierung erzielen. Auch unterstützt die Bundesregierung Initiativen wie die Industrial Deep Decarbonization Initiative und die First Movers Coalition (FMC), die durch starke Nachfragesignale im öffentlichen und privaten Bereich die zur Dekarbonisierung notwendigen Technologien fördern. Finanzstarke Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sollen durch gebündelte Abnahmezusagen einen Absatzmarkt für grüne Produkte schaffen, sodass Hersteller und Zulieferer motiviert werden, die hierfür notwendigen technischen Innovationen zu entwickeln und zu fördern.

MEHR UNTERNEHMENSKOOPERATIONEN UND TEILNEHMENDE AUS DER WIRTSCHAFT

In den letzten Jahren haben sowohl die Rolle als auch die Anzahl von Wirtschaftsvertretern und -vertreterinnen sowie von Unternehmenskooperationen, die an den COPs teilnehmen, stets zugenommen. So stellten auf der COP26 zum Beispiel die Unternehmens- und Industrie-Nichtregierungsorganisationen (BINGOs) mit 11% die drittgrößte NGO-Teilnehmergruppe dar, direkt nach den Umwelt- (43%) und Forschungs-NGOs (27%). Trotz teilweise sehr unterschiedlicher Ausgangspositionen und Interessen der Unternehmen gibt es immer mehr Aktivitäten und Kooperationen zu nachhaltigerem Wirtschaften im Privatsektor. Ein Beispiel dafür ist die Festschreibung wissenschaftlich basierter Ziele, um die THG-Emissionen bis zum Jahr 2030 zu halbieren und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null zu reduzieren. Das ist ein wichtiger Schritt für ambitionierten Klimaschutz in Unternehmen. In Deutschland ist im Rahmen der sogenannten Science-based Targets Initiative (SBTi) und der von den Vereinten Nationen unterstützten Race-to-Zero-Kampagne die Stiftung Klimawirtschaft ein wichtiger Ansprechpartner. Die von CEOs ins Leben gerufene Stiftung oder auch die von Unternehmen gegründete We-Mean-Business Coalition beteiligen sich an den COPs mit Veranstaltungen, um Entscheidungsträgern Empfehlungen zu geben, wie die Transformation der Wirtschaft gelingen kann.

Der Zusammenschluss unterschiedlicher Unternehmen in gemeinsamen Initiativen schafft nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern fördert auch Innovation und Investitionen in neue Technologien. Ein Beispiel ist die H2-Zero Initiative von 28 Firmen, die verschiedene Marktteilnehmer zusammenbringt, um möglichst kohlenstoffarmen Wasserstoff zu produzieren und zu nutzen. Dieser wird vor allem in der Industrie (zum Beispiel Stahl und Chemie) benötigt und soll zukünftig

auch in Flugzeugen, Schiffen und Lkw als Kraftstoff zum Einsatz kommen. Bis zum Jahr 2030 wollen die beteiligten Firmen rund 730 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen – das ist mehr als der jährliche CO₂-Ausstoß Deutschlands. Auch die deutschen Unternehmen Siemens Energy und Linde sind mit an Bord.

Neue Geschäftsmodelle und Innovation sollen zudem durch Initiativen wie die Glasgow Breakthrough Agenda und die Clydebank Declaration vorangetrieben werden. Erste soll die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen sauberer Strom, emissionsarme Stahlproduktion, emissionsfreie Fahrzeuge, sauberer Wasserstoff und zukünftig auch klimafreundlicher Gebäudesektor koordinieren. Letztere soll „grüne“ Schiffsrouten zwischen ausgewählten Häfen bis 2030 schaffen. Hierfür wollen die teilnehmenden Staaten gemeinsam mit Hafenbetreibern und Reedereien die Versorgung mit klimafreundlichen Treibstoffen ausbauen, Rahmenbedingungen und den Informationsaustausch verbessern sowie die Infrastruktur anpassen.

Neben den „Big Playern“ zeigen sich auch KMU engagiert und koordinieren ihre Interessen international. Mittlerweile bekennen sich mehr als 1.000 KMU zum 1,5-Grad-Ziel; fast 3.000 KMU aus rund 90 Ländern haben sich im sogenannten Small and Medium Enterprises Climate Hub zusammengeschlossen, um gemeinsam Hürden für Klimaschutzmaßnahmen anzugehen, wie zum Beispiel fehlendes Personal.

DIE EIGENTLICHE ARBEIT BEGINNT ERST

Bei vielen Initiativen beginnt die Arbeit erst jetzt und erfordert bei Zeithorizonten bis zu den Jahren 2030 beziehungsweise 2050 einen langen Atem. Für die Unternehmen sind die Gründe für ein Engagement vor Ort oder aus der Ferne jedoch klar: Sie wollen ihr Geschäftsmodell langfristig erfolgreich ausrichten, indem sie ihr Unternehmen klimaresilienter aufstellen, bei Innovation vorne mit dabei sind und einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. —

KONTAKT

Elias Spiekermann & Marius Kaiser
Referat: Internationale Grundsatzfragen,
Umsetzungsiniciativen

Maximilian Barth, Carlo Stroening & Jette Bergen
Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

schlaglichter@bmwk.bund.de

kurz & knapp

KONJUNKTURBEREINIGUNG

Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung

Eingereichte Vorschläge werden derzeit in einem wissenschaftlichen Gutachten ausgewertet



Am 5. Juli 2022 ist der wissenschaftlich unterstützte Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung mit einer hochkarätig besetzten Auftaktkonferenz gestartet. Darüber wurde ausführlich in der [August-Ausgabe der Schlaglichter](#) berichtet. Der Beteiligungsprozess ist Bestandteil der gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen durchgeführten Evaluierung des Konjunkturbereinigungsverfahrens im Rahmen der deutschen Schuldenbremse.

Im Nachgang der Auftaktkonferenz lud das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in einem Call for Proposals alle Interessierten dazu ein, wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur Bestimmung des Produktionspotenzials einzureichen und bei einem wissenschaftlichen Workshop am 24. August 2022 mit über 40 Teilnehmenden aus Politik und Wissenschaft vorzustellen und zu diskutieren.

Die Resonanz war erfreulich groß und inhaltlich vielfältig: Die insgesamt acht präsentierten Vorschläge

reichten von technisch anspruchsvollen Feinjustierungen der bestehenden Methodik bis hin zu konzeptionellen Neufassungen des Produktionspotenzials. Die anschließenden Diskussionen widmeten sich grundsätzlichen Themen wie der Definition des Produktionspotenzials, das den Vorschlägen zugrunde liegt, aber auch den technischen Anforderungen und statistischen Eigenschaften der Vorschläge. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Symmetrieanforderung des Grundgesetzes bezüglich der Berücksichtigung konjunktureller Auf- und Abschwünge, aber auch der Revisionsanfälligkeit sowie der Komplexität und Nachvollziehbarkeit der präsentierten Ansätze.

Im Nachgang des Workshops hatten die Vortragenden bis zum 15. September 2022 Gelegenheit, ihre Vorschläge gegebenenfalls zu überarbeiten und für die Berücksichtigung in einem objektiven Benchmarking-Verfahren einzureichen. Insgesamt wurden sieben Vorschläge eingereicht. Diese sollen nun in einem wissenschaftlichen

Gutachten anhand operationalisierter Kriterien analysiert werden. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei, die Vorschläge anhand von einheitlichen „Echtzeit“-Daten hinsichtlich ihrer Revisionseigenschaften und Prozyklizität über den Konjunkturzyklus hinweg darzustellen, um aufbauend auf dem Gutachten ihre Performanz beispielsweise in Krisenzeiten bewerten zu können. Das wissenschaftliche Gutachten wird vom IfW Kiel erstellt, Ergebnisse werden für Ende des Jahres erwartet. —

MEHR ZUM THEMA

Informationen zum Beteiligungsprozess und das Workshop-Programm finden Sie hier:

www.bmwk.de/produktionspotenzial

Kontakt:

Dr. Alfred Garloff, Dr. Thomas Knaus, Dr. Malte Preuß & Dr. Martin Weißenberger

Referat: Wachstum, Demografie, Statistik

schlaglichter@bmwk.bund.de



Gute Aussichten für Gründerinnen und Unternehmerinnen

Die Initiative Frauen in Mittelstand, Handwerk, Gründungen und Start-ups will Frauen stärken und ihre Potenziale aufzeigen und sichtbar machen.

Am 20. September 2022 startete die Initiative Frauen in Mittelstand, Handwerk, Gründungen und Start-ups des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit einer virtuellen Auftaktveranstaltung. Eingeladen waren engagierte Unternehmen, Verbände, Initiativen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. „Wir möchten zur Stärkung von Frauen im Mittelstand vielfältige Initiativen vernetzen und mit Instrumenten des BMWK in den Bereichen Gründungen, Mittelstandsfinanzierung, Ausbildung und Networking verknüpfen. Anfang 2023 wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan vorlegen“, so Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung.

Immer mehr Frauen sind berufstätig und streben unter anderem aufgrund ihrer exzellenten Ausbildung Führungspositionen an. Sie dringen selbstbewusst in Bereiche vor, die bislang von Männern dominiert wurden. Immer mehr Frauen gründen ein Unternehmen oder machen sich auf andere Weise selbständig. Von den rund 3,8 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland werden laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aktuell 16% (rund 608.000 Unternehmen)

von Frauen geführt. Sie beschäftigen 2,4 Millionen Arbeitnehmende und bilden jährlich 100.000 junge Menschen aus. Der Anteil der Gründerinnen an allen Gründungen hat sich von 38% im Jahr 2020 auf 42% im Jahr 2021 erhöht.

Nach Auffassung der 60 Frauen und Männer, die an der Auftaktveranstaltung teilgenommen haben, werden die vorhandenen Potenziale von Frauen in Wirtschafts- und Arbeitsleben, die für den digitalen und ökologischen Wandel gebraucht werden, noch nicht hinreichend ausgeschöpft. Dem BMWK komme mit seinem Mittelstandsfokus eine besondere Bedeutung zu, hieß es, da Frauen besonders häufig kleinere Unternehmen im Dienstleistungssektor und im zulassungsfreien Handwerk führen. Auch bei Sozialunternehmen in den Bereichen Green Economy und Social Entrepreneurship spielen Frauen eine wichtige Rolle: Sie sind hier für die Hälfte der Gründungen verantwortlich.

Die Teilnehmenden schilderten anhand konkreter Beispiele Hindernisse für Gründerinnen und notwendige Paradigmenwechsel, formulierten Vorschläge an die Politik und zeigten Handlungsoptionen auf. Das BMWK ist für die Gründerinnen von kleinen Unternehmen und selbständigen

Existenzen ein wichtiger Ansprechpartner. Es bestand Einigkeit darüber, dass die positive Entwicklung – gebremst in der Pandemie – nun aktiv beschleunigt werden müsse. Das forderte auch Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im BMWK. Sie sagt: „Krisen brauchen starke Akteure und alle innovativen Kräfte. Deshalb ist dies die richtige Zeit, alle Frauenpower für die nachhaltige und digitale Transformation zu ermöglichen. Frauengeführte Unternehmen sind nachhaltig und haben eine hohe Überlebensquote. Die Gründung von Unternehmen und Familien fallen häufig in dieselbe Lebensphase. Das muss miteinander vereinbar sein.“

MEHR ZUM THEMA

Alle Informationen zur Initiative, zum Thema Frauen in der Wirtschaft sowie zum Hashtag #StarkeFrauenStarkeWirtschaft finden Sie auf der BMWK-Website: www.bmwk.de/frauen-in-der-wirtschaft

Kontakt:
Stephanie Kage
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

schlaglichter@bmwk.bund.de

AUSBLICK

Termine

NOVEMBER 2022

04.11.2022	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.2022	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
07./08.11.2022	Eurogruppe/ECOFIN
11.11.2022	ECOFIN (Haushalt)
14.11.2022	Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage
22.11.2022	Kohäsionsrat
25.11.2022	Handelsrat

DEZEMBER 2022

01.12.2022	WBF-Rat
05./06.12.2022	Eurogruppe/ECOFIN
06.12.2022	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
06.12.2022	TK-/Digitalrat
07.12.2022	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
14.12.2022	Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage
19.12.2022	Energierat
20.12.2022	Umwelt-/Klimarat

JANUAR 2023

06.01.2023	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November 2022)
09.01.2023	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November 2022)
16./17.01.2023	Eurogruppe/ECOFIN

K



KONJUNKTUR

28

Die wirtschaftliche
Lage in Deutschland
im Oktober 2022

34

BIP-Nowcast für
das 3. und
4. Quartal 2022

36

Die monetäre
Entwicklung

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM OKTOBER 2022¹

IN KÜRZE

Am 12. Oktober hat Bundesminister Habeck die Herbstprojektion der Bundesregierung vorgelegt.

Die Wachstumsaussichten Deutschlands haben sich deutlich eingetrübt. Grund ist der vertragswidrige Bruch aller Gasliefervereinbarungen durch Russland, der zu anhaltend hohen Energiepreisen in Europa führt.

Die Bundesregierung rechnet noch mit einem Wachstum von 1,4 % im laufenden Jahr. 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung dann um 0,4 % rückläufig sein.

Die Inflationsrate bleibt mit 8 % im Jahr 2022 und 7 % im Jahr 2023 auf einem hohen Niveau. Ohne die Maßnahmen des wirtschaftlichen Abwehrschirmes wäre sie noch höher ausgefallen.

Die Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass der deutschen Volkswirtschaft ein schwerer Winter bevorsteht.

Die Industrie musste einen weiteren Rücksetzer hinnehmen. Im Berichtsmonat August sind sowohl die Produktion als auch die Auftragseingänge zurückgegangen.

Die Umsätze im Einzelhandel setzten im August ihren Abwärtstrend fort. Das Konsumklima ist angesichts hoher Preissteigerungen weiter abwärtsgerichtet.

Die Inflationsrate hat sich im September mit 10 % auf den höchsten Wert seit Dezember 1951 erhöht. Dazu beigetragen haben das Auslaufen der Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und des Neun-Euro-Tickets.

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt stabil. Die Frühindikatoren sind zwar gesunken, sprechen aber dafür, dass die Unternehmen trotz einer drohenden Rezession ihre Mitarbeiter halten werden.

Für das erste Halbjahr 2022 meldeten die deutschen Amtsgerichte mit insgesamt 7.113 beantragten Unternehmensinsolvenzen 4 % weniger Anträge als im ersten Halbjahr 2021. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten auf eine Trendwende des bisher rückläufigen Insolvenzgeschehens in den nächsten Monaten hin. Eine „Insolvenzwelle“ ist derzeit jedoch nicht in Sicht.

Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsaussichten für Deutschland mit der Herbstprojektion vom 12. Oktober im Vergleich zur Frühjahrsprojektion substantiell nach unten korrigiert. Im Jahr 2022 wird zwar noch ein Wachstum von 1,4 % erwartet, dies ist allerdings hauptsächlich auf das solide und unerwartet positive erste Halbjahr zurückzuführen. Im Jahr 2023 erwartet die Bundesregierung hingegen einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 %. Deutschland steht somit vor einer Rezession.

DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT STEHT VOR SCHWEREM WINTER

Die Konjunkturindikatoren in den Berichtsmonaten August und September stützen die Aussicht, dass sich die wirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund der versiegten Gaslieferungen aus Russland stark eingetrübt hat. So waren Auftragseingänge und Produktion im August rückläufig. Die energieintensive Industrie fuhr ihre Produktion überproportional zurück. Auch das ifo-Geschäftsklima entwickelte sich rückläufig, vor allem, weil die Geschäftserwartungen einbrachen. Im Außenhandel war nominal zwar noch ein kleines Plus zu verzeichnen, das in realer Rechnung jedoch verschwinden dürfte. Grund sind die nach wie vor hohen Preissteigerungen.

Diese machen sich auch in den Verbraucherpreisen bemerkbar. Die Inflationsrate lag im September bei 10 %. Dies ist der höchste Stand seit Dezember 1951. Zum hohen Anstieg gegenüber dem Vormonat (August: +7,9 %) dürfte auch beigetragen haben, dass die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und das Neun-Euro-Ticket ausgelaufen sind und somit keine preisdämpfende Wirkung von den Maßnahmen mehr ausgeht.

Die Bundesregierung rechnet gemäß Herbstprojektion mit einer Rezession über den Winter und drei negativen Quartalen in Folge, beginnend mit dem dritten Quartal 2022.

Eine positive Nachricht dabei ist, dass die Rezession nach jetziger Lage kaum Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen wird. Denn in Zeiten von Fachkräftemangel werden die Unternehmen alles tun, um ihre Beschäftigten zu halten, und sogar gezielt

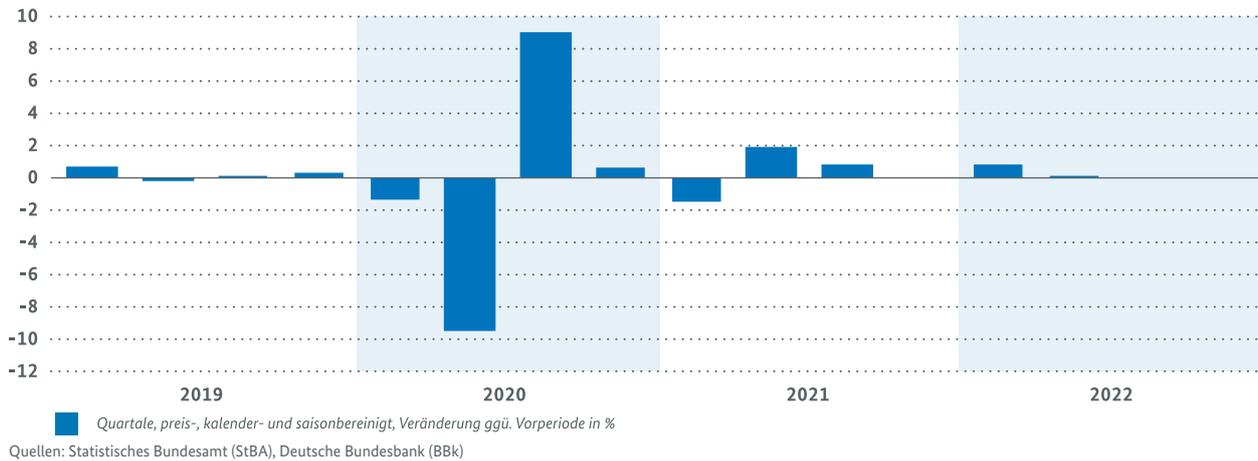


¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 12. Oktober 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

neue qualifizierte Arbeitskräfte anwerben. Der Arbeitsmarkt zeigt sich in der Krise somit robust. Die Erhöhung des Mindestlohnes stützt einkommensschwache Haushalte. Die jüngsten Anstiege in der Arbeitslosigkeit sind fast ausschließlich auf die Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen.

einen Rückgang im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ausgleichen. Für die kommenden Monate rechnen die Umfrageteilnehmer mit einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

BRUTTOINLANDSPRODUKT



WELTWIRTSCHAFTLICHE ABKÜHLUNG

Die harten Indikatoren zur Weltwirtschaft liegen nur mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Monaten vor. Im Juli entwickelte sich die weltweite Industrieproduktion mit minus 0,7% gegenüber dem Vormonat leicht negativ, während der Welthandel mit einer Veränderungsrate von plus 0,7% noch im Plus lag. Die Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand signalisieren eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Lage auf niedrigem Niveau. Der Index von S&P Global (ehemals IHS Markit) lag im September weiter unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, konnte allerdings minimal gegenüber dem Vormonat zulegen. Die Zuwächse im Dienstleistungsbereich konnten

AUSSENHANDEL MIT LEICHTEM PLUS

Die nominalen Ausfuhren von Waren sind im August saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vormonat gesunken. Die nominalen Einfuhren legten hingegen zum Juli um 2% zu. Allerdings dürften hohe Preissteigerungen den nominalen Zuwachs in realer Rechnung deutlich schwächer ausfallen lassen. Die Verschlechterung der Terms of Trade durch die Energiepreiskrise macht sich zunehmend in dem Leistungsbilanzüberschuss be-

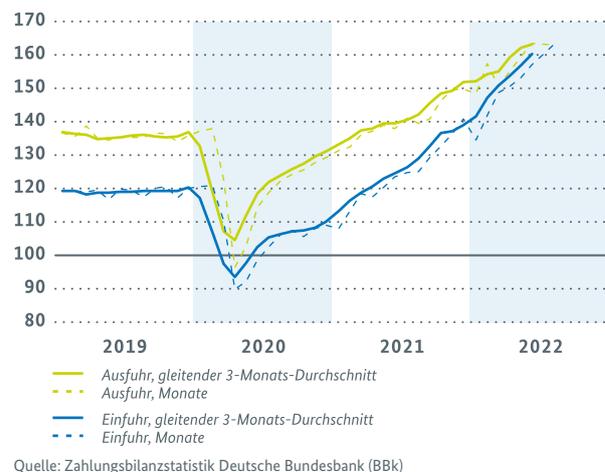


**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
J. P. MORGAN/IHS MARKIT**



EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



AUSSENHANDEL*

	1. Q.	2. Q.	Jun.	Jul.	Aug.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	2,4	4,8	2,6	-0,1	-0,3
EINFUHR	3,7	8,4	2,5	2,1	2,0
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	12,5	15,7	14,7	10,8	21,2
Eurozone	13,9	17,4	14,8	14,0	24,0
EU-Nicht-Eurozone	13,7	14,6	16,4	12,7	21,7
Drittländer	11,0	14,8	13,9	7,6	18,8
EINFUHR	24,5	28,7	25,1	26,2	35,7
Eurozone	18,4	19,3	16,2	13,5	27,2
EU-Nicht-Eurozone	9,3	18,0	17,6	18,4	33,2
Drittländer	35,3	40,0	35,0	39,4	42,4

* Angaben in jeweiligen Preisen
 Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

merkbar. In zehn der letzten zwölf Monate wuchsen die Importe nominal stärker als die Exporte. Im Zuge dessen hat sich der monatliche Handelsbilanzüberschuss Deutschlands deutlich reduziert. Im August 2022 lag er bei einem Plus von 3,4 Milliarden Euro, im Vorjahresmonat war er mit 21,1 Milliarden Euro noch mehr als sechsmal so hoch.

Der Ausblick für den Außenhandel ist trotz des guten Berichtsmonats August eher pessimistisch: Umfragebasierte Stimmungsindikatoren legen nahe, dass sich die Erwartungen zuletzt eingetrübt haben. Der Index von S&P Global sank im August unter die wichtige Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Auch die ifo-Exportorerwartungen sanken im September weiter. Sie liegen mit minus sechs Saldenpunkten nun auf einem Niveau, das zuletzt nur während der ersten Welle der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 unterschritten wurde.

Auch die Anzeichen der Erholung vom Materialmangel, die in den letzten Monaten auszumachen waren, erhielten im August einen kleinen Dämpfer. Zumindest in der deutschen Industrie scheint sich die Situation nicht weiter zu verbessern. Laut ifo-Umfrage berichten immer noch rund 78% der Firmen von Knappheiten in der Beschaffung. Dies steht im Widerspruch zur weltweiten Situation, wo sinkende Containerfrachtraten eine Entspannung beim Materialmangel signalisieren.

INDUSTRIEKONJUNKTUR ANGESCHLAGEN

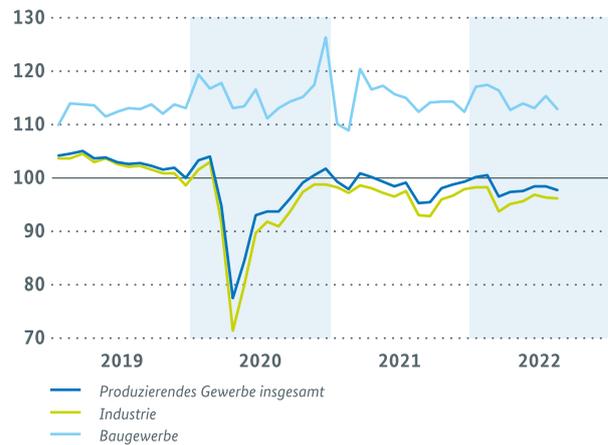
Im August sank die Produktion im Produzierenden Gewerbe leicht um 0,8% gegenüber dem Vormonat. Während der Ausstoß in der Industrie nahezu unverändert blieb (-0,1%), kam es im Baugewerbe und im Bereich Energie zu Rückgängen um 2,1% beziehungsweise 6,1%.

Die beiden gewichtigen Industriebereiche Kfz/Kfz-Teile sowie Maschinenbau verzeichneten im August merk-

liche Zuwächse von 2,8% beziehungsweise 2,2%, nachdem es im Juli Rücksetzer gegeben hatte. Spürbare Abnahmen ihrer Produktion meldeten indes die energieintensiven Wirtschaftszweige chemische Erzeugnisse (-3,1%), Glas, Glaswaren und Keramik (-2,8%) sowie Kokerei und Mineralölverarbeitung (-4,5%).

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

VERÄNDERUNG GGÜ. VORZEITRAUM IN %
 (Volumen, saisonbereinigt)

	1. Q.	2. Q.	Jun.	Jul.	Aug.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,2	-0,9	1,4	-0,6	-0,1
Vorleistungsgüter	1,0	-1,2	0,6	-0,5	-2,4
Investitionsgüter	-2,0	-0,1	2,2	-0,1	1,2
Konsumgüter	1,6	-2,2	0,5	-2,2	1,8
UMSÄTZE					
Insgesamt	0,7	-0,6	3,4	-2,0	1,0
Inland	1,6	-1,6	3,1	-1,9	-0,5
Ausland	-0,2	0,3	3,6	-2,0	2,3
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	2,8	-5,5	-0,3	1,9	-2,4
Inland	-1,8	-1,1	1,2	-3,7	-3,4
Ausland	6,1	-8,6	-1,4	6,0	-1,7
Vorleistungsgüter	-0,2	-3,5	1,5	1,8	-4,2
Investitionsgüter	4,6	-8,3	-1,9	5,0	-2,4
Konsumgüter	3,3	5,4	2,2	-15,9	5,2

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Auftragseingänge sind im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 2,4% gesunken. Im Juli wurde nach einer Datenrevision noch eine Zunahme um 1,9% verzeichnet. Ohne Großaufträge ergab sich ein Plus von 0,8%. Insgesamt lagen die Be-



stellungen zuletzt 4,1 % unterhalb des Vorjahresniveaus. Verantwortlich für den Rückgang im Vormonatsvergleich war eine geringere Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern (4,2 % bzw. 2,4 %). Produzenten von Konsumgütern verbuchten hingegen eine Steigerung um 5,2 %. Aus dem Inland ging ein um 3,4 % geringeres Bestellvolumen ein. Das Orderminus aus dem Ausland betrug 1,7 %. Dabei ging die Nachfrage aus dem Euroraum stärker zurück als die Auftragseingänge aus dem Nicht-Euroraum (3,8 % bzw. 0,4 %). Auf Branchenebene schlugen die kräftigen Rückgänge bei sonstigen Fahrzeugen (45,7 %) sowie bei elektrischen Ausrüstungen (16 %) durch. Die gewichtigen Bereiche Kfz/Kfz-Teile und Maschinenbau verzeichneten hingegen Zunahmen der Auftragseingänge um 4,7 % bzw. 3,8 %. Zu spürbaren Zuwächsen kam es auch bei pharmazeutischen Erzeugnissen (+6,8 %) und im Bereich EDV/Optik (+2,5 %). Chemische Erzeugnisse waren hingegen weniger nachgefragt (-3,4 %).

Die Industriekonjunktur ist vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der hohen Gas- und Strompreise angeschlagen. Der gedämpfte Ausblick für den restlichen Jahresverlauf spiegelt sich auch in einem abgekühlten Geschäftsklima und zurückhaltenden Exporterwartungen wider. Zuletzt klappte in den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests eine historisch große Lücke zwischen pessimistischen Erwartungen und der vergleichsweise moderaten Lageeinschätzung. Auch hierin zeigt sich die massive Unsicherheit, mit der sich die Wirtschaftsakteure derzeit konfrontiert sehen.

DER UMSATZ IM EINZELHANDEL GEHT WIEDER ZURÜCK

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz setzten im August ihren Abwärtstrend weiter fort und verringerten sich gegenüber dem Vormonat um 1,3 %, nachdem sie im Juli leicht um 0,7 % gestiegen waren. Damit lagen die Umsätze zuletzt 4,3 % unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor, was hauptsächlich auf die hohen Preissteigerungen im Einzelhandel zurückzuführen ist. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist zu einem Umsatzplus von 5,4 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im August im Vergleich zum Vormonat eine Abnahme des realen Umsatzes von 1,7 % (ggü. Vorjahresmonat -3,1 %). Der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren meldete ein Umsatzminus von 1,1 % (ggü. Vorjahresmonat -5,9 %). Der Internet- und Versandhandel erlebte im August einen Rückgang um 7 % (ggü. Vorjahresmonat -7,1 %). An den Tankstellen indes kam es im August vor dem Auslaufen des sogenannten Tankrabattes zur größten Umsatzsteigerung seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1994 von 14 % (ggü. Vorjahresmonat +12,6 %). Damit lag der Umsatz 24,5 % über dem Niveau vor Einführung des Tankrabattes im Mai. Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter haben im September kräftig um

17,9 % zugelegt, nachdem es bereits im August zu einer Steigerung um 13,1 % gekommen war.

Nach wie vor ist die Stimmung bei den privaten Haushalten laut dem GfK-Konsumklima abwärtsgerichtet. Für Oktober wird ein erneuter Rückgang auf einen neuen historischen Tiefststand prognostiziert. Auch die ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel trübten sich im September weiter ein. Der Saldo der Meldungen liegt inzwischen auf einem sehr niedrigen Niveau.

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INFLATIONSRATE STEIGT AUF HÖCHSTEN WERT SEIT 71 JAHREN

Die Inflationsrate, also der Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist, hat sich im September wieder erhöht auf 10 %. Dieser Wert entspricht dem höchsten Stand seit Dezember 1951. Damals hatte ein knappes Güterangebot kurz nach der Währungsreform für hohe Inflationsraten gesorgt. Damit stieg die Rate im September 2022 um 2,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (August: +7,9 %). Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag mit +4,6 % erneut nicht einmal halb so hoch wie die Gesamtrate, aber auf einem Rekordniveau seit Dezember 1993 (August: +3,5 %).

Die Teuerung der Energieträger fiel erneut sehr kräftig aus (+43,9 %; August: 35,6 %). Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel verzeichnete mit +18,7 % ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (August: +16,6 %). Insbesondere hier wirkten sich Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen preiserhöhend aus. Im August erhöhten sich die Erzeugerpreise binnen Jahresfrist mit +45,8 % so stark wie nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Im Vergleich zum Vormonat legten sie um 7,9 % zu. Die Importpreise verteuerten sich im Juli um +28,9 % gegenüber dem Vorjahr.



Der Anstieg der Großhandelsverkaufspreise fiel im August hingegen erneut schwächer aus (gegenüber August 2021: +18,9 %; gegenüber Juli 2022: +0,1 %).

Zur erneuten Steigerung der Inflationsrate haben das Auslaufen des Neun-Euro-Tickets und des Tankrabattes beigetragen. Auch für die nächsten Monate werden weiterhin hohe Inflationsraten erwartet. Dabei werden die Gas- und Strompreisbremsen so umgesetzt, dass sie die Preissteigerung abmildern

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Aug.	Sep.	Aug.	Sep.
Insgesamt	0,3	1,9	7,9	10,0
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	1,1	3,5	4,6
Nahrungsmittel	1,5	1,8	16,6	18,7
Wohnung, Betriebskosten	0,8	1,3	11,5	12,7
Gesundheitspflege	0,0	0,3	1,6	1,7
Verkehr	-1,1	9,7	3,7	14,0
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-0,1	-0,4	-0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,1	-2,7	6,5	5,9
Bildungswesen	-0,7	1,6	1,8	2,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistung	0,5	0,6	8,1	9,0
Energie	0,3	6,9	35,6	43,9
Kraftstoffe	-2,6	9,9	32,4	43,9
Dienstleistungen	0,2	0,9	2,2	3,6
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,6	2,1	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSMARKT: STABILE LAGE TROTZ GLOBALER UNSICHERHEITEN

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt stabil, die übliche Herbstbelebung fällt aber angesichts der globalen Unsicherheiten relativ schwach aus. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat nachgelassen und betrug im September 14.000 Personen. Die Zuwächse der vergangenen Monate waren im Wesentlichen auf Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen. Die ukrainischen Geflüchteten werden seit Juni in der Grundsicherung erfasst. Dementsprechend stieg die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II stärker, im September um 4.000 Personen. Im SGB III kam es hingegen zu einem Rückgang um 6.000 Personen. Die Erwerbstätigkeit wuchs im August erstmals seit längerem nicht mehr an (-4.000 Personen). Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im Juli ein Plus (+16.000 Personen). Die Erhöhung des Mindestlohnes auf zwölf Euro stabilisiert einkommensschwache Haushalte. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im Juli bei rund 0,1 Millionen Personen und war damit weiter rückläufig. Die Frühindikatoren sind gesunken, sprechen aber weiter-

hin für eine stabile Entwicklung. Im Dienstleistungssektor werden noch neue Mitarbeiter gesucht und insgesamt versuchen die Unternehmen, die Beschäftigten angesichts des Fachkräftemangels zu halten, auch wenn der deutschen Wirtschaft eine Rezession droht.

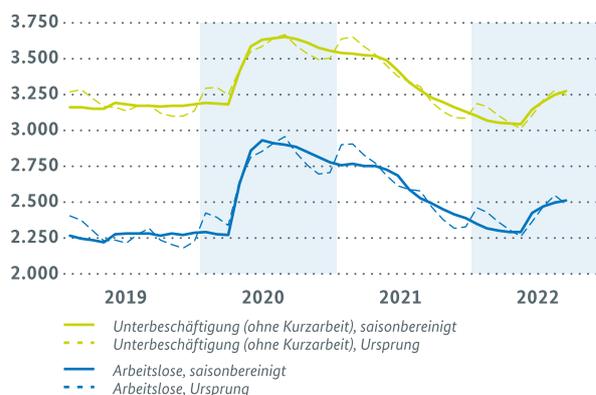
ERNEUT RÜCKGANG DER INSOLVENZEN IM ERSTEN HALBJAHR 2022

Die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen der vergangenen beiden Jahre hält weiterhin an und die Zahlen bleiben auch im Jahr 2022 bisher weiter unter Vorjahresniveau. Nach endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes meldeten die deutschen Amtsgerichte mit insgesamt 7.113 beantragten Unternehmensinsolvenzen 4 % weniger Anträge als im ersten Halbjahr 2021 (-21 % ggü. 1. Halbjahr 2020).

Als Frühindikator gibt die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen Hinweise auf die künftige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes setzte sich der zuletzt im Juni (-7,6 %) und Juli (-4,2 %) rückläufige Trend im August 2022 nicht weiter fort (+6,6 %, jeweils ggü. Vormonat). Experten des IW Halle gehen von steigenden Insolvenzzahlen in den nächsten Monaten aus; eine „Insolvenzwellen“ wird derzeit jedoch nicht erwartet. Allerdings stellen die Folgen des Krieges in der Ukraine und die drastisch gestiegenen Energiepreise für viele Unternehmen Belastungen dar, deren Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen im weiteren Jahresverlauf nur schwer abzuschätzen sind.



ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Deutsche Bundesbank (BBk)

ifo-BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	2. Q.	3. Q.	Jul.	Aug.	Sep.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,311	2,501	2,470	2,547	2,486
ggü. Vorjahr in 1.000	-380	-43	-120	-31	21
ggü. Vorperiode in 1.000*	14	155	45	26	14
Arbeitslosenquote	5,0	5,5	5,4	5,6	5,4

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	1. Q.	2. Q.	Jun.	Jul.	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,2	45,5	45,6	45,6	45,6
ggü. Vorjahr in 1.000	659	664	610	571	501
ggü. Vorperiode in 1.000*	193	127	23	19	-4

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	1. Q.	2. Q.	Mai	Jun.	Jul.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,3	34,4	34,4	34,4	34,3
ggü. Vorjahr in 1.000	693	669	691	638	598
ggü. Vorperiode in 1.000*	222	104	49	28	16

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. UND 4. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt 0 % für das dritte Quartal 2022 beziehungsweise minus 0,7 % für das vierte Quartal 2022 (Stand 10. Oktober).¹

Derzeit prognostiziert der Nowcast für das dritte Quartal 2022 eine saison- und kalenderbereinigte Stagnation des Bruttoinlandsproduktes ($\pm 0\%$). Für das vierte Quartal wird ein Rückgang um 0,7% geschätzt. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ende Oktober 2022 beziehungsweise Ende Januar 2023 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des dritten beziehungsweise vierten Quartal 2022.

Der Verlauf der Schätzwerte wird im Schaubild auf Seite 35 nachgezeichnet: Bei erstmaliger Berechnung Anfang April belief sich der Nowcast für das dritte Quartal auf plus 0,3%. Unterhalb dieses Wertes schwankte er bis Ende Juni. Durch die Unsicherheit um die Liefermengen russischen Erdgases im Rahmen der Wartung der Nordsee-Pipeline Nord Stream 1 gab es im Juli deutliche Ausschläge auf bis zu minus 1,7%. Die Prognose erholte sich anschließend im August vor allem durch die Meldungen zu den Kfz-Neuzulassungen in Italien und Frankreich. Weiterer Auftrieb ging im September von den Meldungen zum deutschen Export im Berichtsmont Juli und der Pkw-Produktion im Berichtsmont August aus. Bis Mitte September wurde der Nowcast so auf plus 0,2% gehoben. In den letzten Wochen führten aber zunehmend pessimistische Geschäftserwartungen zu einem Absinken auf den derzeitigen Stand von plusminus 0%.

Der Nowcast für das vierte Quartal war im Zeitablauf ebenfalls stark von Umfragedaten geprägt. Der Schätzwert belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Juli auf plus 0,2%. Der Einbruch auf bis zu minus 0,7% im August

ereignete sich vor demselben Hintergrund wie das Abrutschen des Nowcast für das dritte Quartal. Für das Schlussquartal war die Erholung im September auf zwischenzeitlich minus 0,2% allerdings von noch kürzerer Dauer. Die abwärtsgerichteten Umfragewerte sowohl für die Industrie als auch bei Konsumenten im In- und Ausland, sowie nur mäßig gute Produktionsdaten aus dem europäischen Ausland, führten bis Ende September zu einem Absturz auf bis zu minus 1,5%. Meldungen für den Berichtsmont August zur Industrieproduktion und zum Außenhandel in Frankreich sowie zur heimischen Pkw-Produktion sorgten für eine teilweise Erholung des Nowcast auf aktuell minus 0,7%.

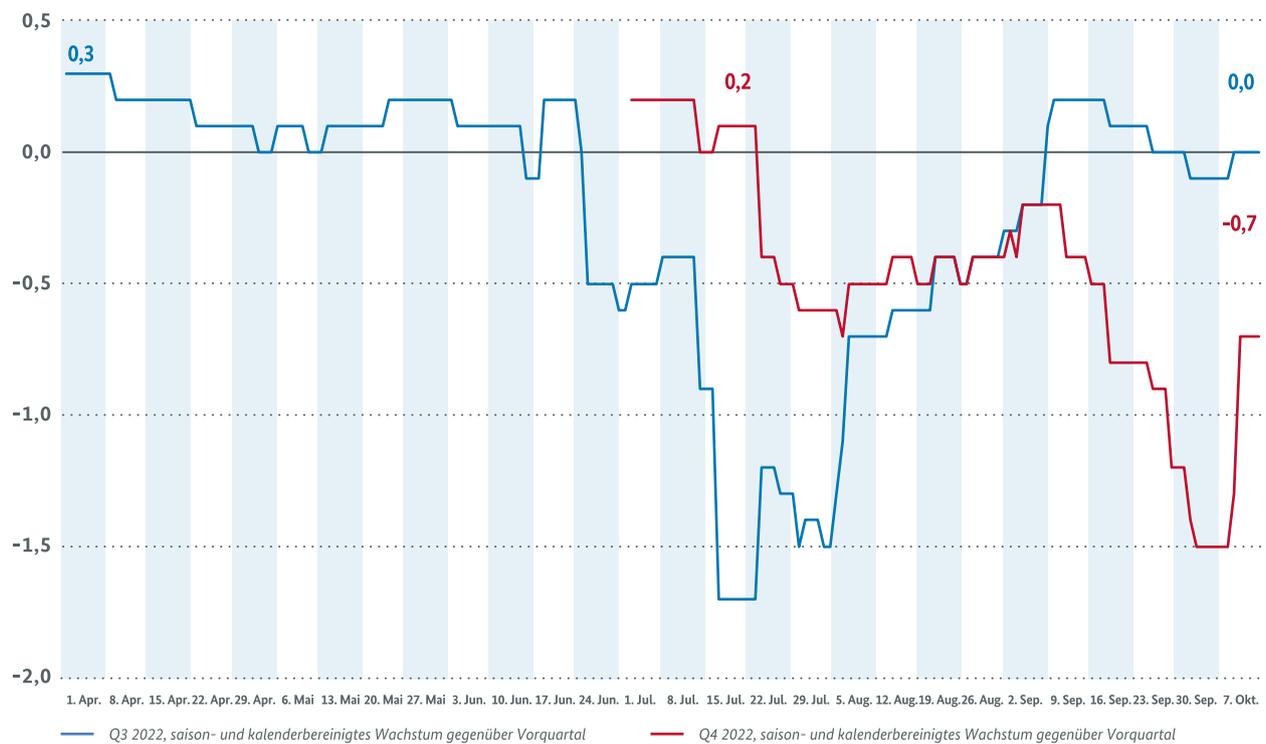
Die Ergebnisse des Nowcast passen zum Konjunkturmodell, das im Rahmen der Herbstprojektion dargelegt wurde. Die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung bleibt jedoch angesichts historischer Preissteigerungen, anhaltender Engpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten und geopolitischer Konflikte hoch. Die Stimmungslage wird derzeit von diesen erheblichen Risiken geprägt, was auch in den Ausschlägen der Unternehmensumfragen zum Ausdruck kommt. Die Bundesregierung zielt mit dem Wirtschaftsabwehrschirm und anderen Maßnahmen darauf ab, für Planbarkeit für Bevölkerung und Unternehmen zu sorgen und langfristige Schäden für unsere Volkswirtschaft abzuwenden. 

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsproduktes wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS 3. UND 4. QUARTAL 2022 IN %



DIE MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

Die EZB prognostiziert für die Eurozone eine Inflation von 8,1 % in diesem und von 5,5 % im nächsten Jahr. Deshalb hebt die EZB die Leitzinsen, sodass die Zinsen für Unternehmen, Staaten und Haushalte ebenfalls steigen. Gegenüber dem US-Dollar ist der Euro unter die Parität gefallen.

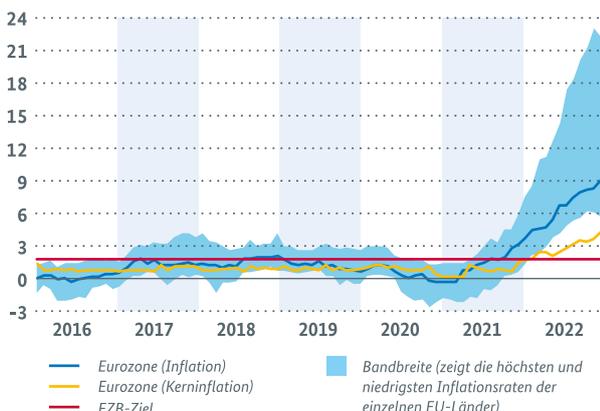
Die monetäre Entwicklung der Eurozone bleibt dynamisch; im Vergleich zum Sommer hat sich einiges auf den Geld- und Kreditmärkten verändert. Hintergrund dazu bildet das weiter steigende allgemeine Preisniveau und die Reaktion der EZB darauf.

INFLATION

Die Inflation in der Eurozone zog weiter deutlich an. Im September stieg das allgemeine Preisniveau um 10,0% gegenüber dem Vorjahr. Das Spektrum der Raten der einzelnen Euroländer variiert dabei stark – von zuletzt 6,2% in Frankreich bis 24,2% in Estland (siehe Abbildung 1). Auch die Kernrate der Inflation, also ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel, belief sich im September auf 4,8%. Die EZB hat im September quartalsmäßig neue und abermals deutlich höhere Inflationsprognosen präsentiert (siehe Abbildung 2): Nach 8,1% für dieses Jahr prognostiziert die Notenbank 5,5% für 2023 und 2,3% im Jahr 2024. Die EZB rechnet also auch mittelfristig mit Raten über ihrem 2%-Ziel. Sie hat auch ihre Prognose für die Kernrate der Inflation angehoben: Nach 3,9% in diesem Jahr rechnet die EZB mit 3,4% im Jahr 2023 und 2,3% für 2024.

ABBILDUNG 1: BLICK ZURÜCK – INFLATION IN DER EUROZONE (MONATLICH)

(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex [HVPI]).



Quellen: Eurostat, Macrobond

GELDPOLITISCHER KURS DER EZB

Am 8. September 2022 hat die EZB wie erwartet erneut die Leitzinsen angehoben – und zwar nochmals stärker als in ihrem ersten Zinsschritt im Juli – um 75 Basispunkte auf nun 0,75% (Einlagefazilität), 1,25% (Haupt-Refi) und 1,50% (Spitzen-Refi). Weitere Zinsschritte seien geplant und sollen in einem „meeting-by-meeting approach“ datenabhängig beschlossen werden. Einen „Zielzins“ gäbe es laut Präsidentin Lagarde nicht. Die nächste EZB-Sitzung ist für den 27. Oktober geplant.

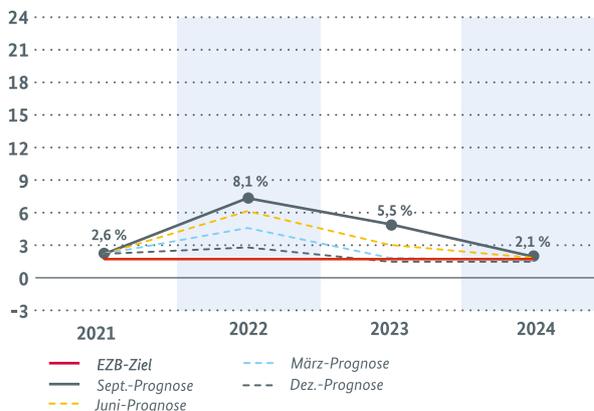
Die EZB reinvestiert vorerst weiter Erträge ausgelauener Anleihen des Asset Purchase Programme (APP) und vor allem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP). Die auslaufenden Posten des PEPP reinvestiert die EZB aufgrund der flexibleren Investitionsbedingungen insbesondere in die Staatsanleihen südeuropäischer Eurozonennländer. Bereits am 21. Juli 2022 hatte die EZB das Transmission Protection Instrument (TPI) vorgestellt, mit dem „Störungen der geldpolitischen Transmission“ bekämpft werden sollen. Eingesetzt wurde es bislang nicht. Außerdem könnten im Notfall auch die Outright Monetary Transactions (OMT), also Anleihekäufe geknüpft an ein Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus, aktiviert werden.

Die Bilanzsumme der EZB beträgt derzeit rund 8,7 Milliarden Euro, dies entspricht rund 75% des Eurozonen-BIP (siehe Abbildung 3). Damit ist die Bilanzsumme absolut gesehen wieder etwas kleiner als noch zum historischen Höhepunkt im Mai 2022. Im Verhältnis zum derzeit stagnierenden Eurozonen-BIP ist sie aber etwas gestiegen. Nachfolgend die größten Posten der Bilanz:



ABBILDUNG 2: BLICK NACH VORNE – EZB-INFLATIONSPROGNOSE (JÄHRLICH)

(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex [HVPI])

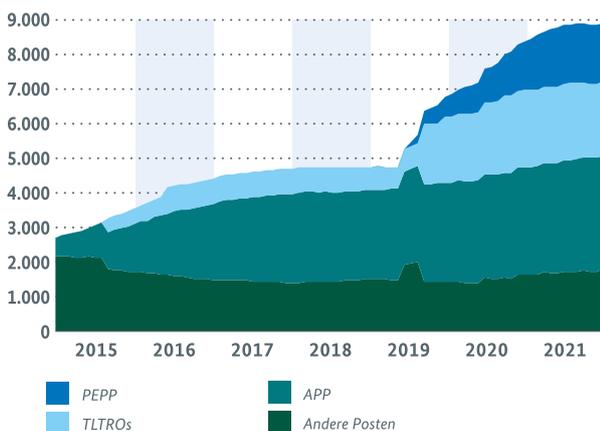


Quelle: Europäische Zentralbank

- Asset Purchase Programme (APP): Das reguläre Ankaufprogramm ist zum 1. Juli 2022 ausgelaufen. Das APP ist weniger flexibel als das Notfallprogramm PEPP (siehe unten); zum Beispiel ist der Ankauf griechischer Staatsanleihen nicht möglich. Im September hielt die EZB insgesamt 3.256 Milliarden Euro; das entspricht 37 % ihrer Bilanz; etwa 80 % davon sind Staatsanleihen der Euroländer.
- Targeted longer-term refinancing operations (TLTROs): Die an Banken vergebenen vergünstigten Langfrist-Kredite werden schon seit Dezember 2021 nicht mehr vergeben. Die EZB hält im Rahmen der TLTROs 2.117 Milliarden Euro; das entspricht 24 % ihrer Bilanz.
- Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP): Das angesichts der Pandemie aufgelegte Notfallankaufprogramm ist bereits Ende März ausgelaufen. Reinvestitionen sind aber bis „mindestens“ Ende 2024 möglich. Im September hielt die EZB insgesamt 1.683 Milliarden Euro. Das entspricht 19 % ihrer Bilanz. 97 % davon sind Staatsanleihen der Euroländer.

ABBILDUNG 3: EZB-BILANZ

(in Mrd. Euro)



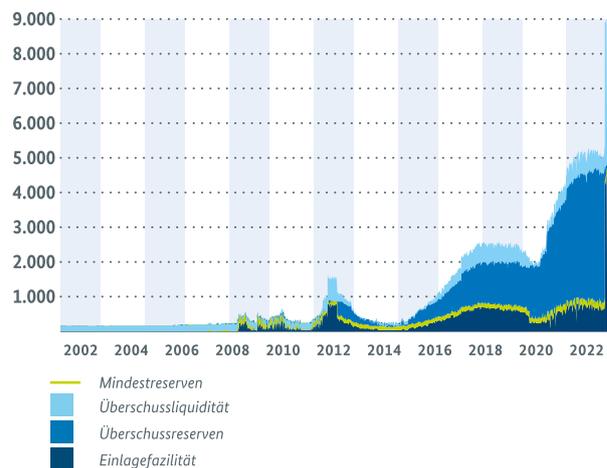
Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die Banken der Eurozone haben nach der Zinserhöhung im September große Teile ihrer Überschussreserven in die nun wieder positiv vergütete Einlagefazilität verschoben. Die Überschussreserven belaufen sich auf derzeit rund 72 Milliarden Euro. Die Überschussliquidität beträgt nun aber rund 4,5 Billionen Euro (siehe Abbildung 4).

ABBILDUNG 4: LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM

(in Mrd. Euro)

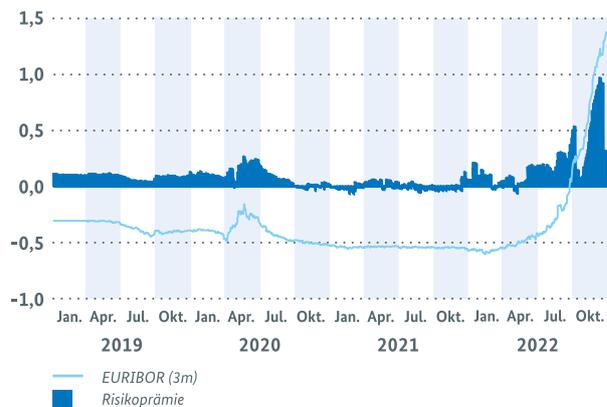


Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, steigen die Zinsen weiter und liegen nun deutlich über dem Niveau der Einlagefazilität. Der EURIBOR, einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von 3 Monaten), notierte zuletzt bei etwa 1,38 % (siehe Abbildung 5). Der Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit bleibt verhältnismäßig niedrig, ist aber seit Sommer wieder gestiegen und notierte zuletzt bei 0,32 %.

ABBILDUNG 5: GELDMARKT

(Risikoprämie ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate; in %)



Quelle: Macrobond

Die ausstehende Kreditmenge in der Eurozone belief sich im August (letzter Datenpunkt) auf 6,6 Billionen Euro (an private Haushalte) und 14,1 Billionen Euro an Unternehmen (das entspricht ca. 57 %



bzw. 122 % des Eurozonen-BIP). Ausstehende Kredite an Haushalte wuchsen um 4,7 % und Kredite an Unternehmen um 6,1 % im Vergleich zum Vorjahr (siehe Abbildung 6).

ABBILDUNG 6: KREDITWACHSTUM

(in % ggü. Vorjahr)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

Die Kreditzinsen in der Eurozone sind dabei weiter gestiegen. Anleihen mit einer BBB-Bewertung und mit einer Laufzeit von zehn Jahren notierten zuletzt beispielsweise bei 5,1 %, solche mit einem AAA-Rating bei 3,5 %. Die Finanzierungskosten für private Haushalte bewegen sich dazwischen, zuletzt bei 5,0 % (siehe Abbildung 7).

ABBILDUNG 7: ZINSEN AUF UNTERNEHMENS- ANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR PRIVATE HAUSHALTE

(in %)

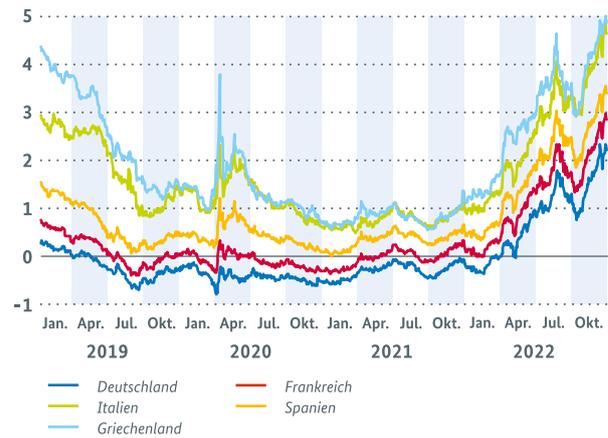


Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

Die Zinsen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bewegten sich zuletzt um 2,2 % (siehe Abbildung 8) – und damit weit über den noch negativen Zinsen zu Jahresbeginn. Die Zinsen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer stiegen ebenfalls. Die höchsten Zinsen gibt es hier nach wie vor bei griechischen und italienischen Staatsanleihen. Sie lagen zuletzt bei 5,0 beziehungsweise 4,7 %.

ABBILDUNG 8: ZINSEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN

(in %)



Quelle: Macrobond

Der Euro hat im Vergleich zum Jahresbeginn 14 % an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren und ist mit zuletzt 0,98 US-Dollar pro Euro unter die Parität gefallen. Gegenüber dem britischen Pfund steht der Euro seit Jahresbeginn etwa 3 % wertvoller und notierte zuletzt bei 0,87 Pfund pro Euro. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Jahresbeginn rund 11 % an Wert gewonnen und notierte zuletzt bei 145 Yen pro Euro (siehe Abbildung 9).

ABBILDUNG 9: WECHSELKURSE

Index rebasiert auf 01.01.2021 = 100



Quelle: Macrobond

www.bmwk.de



[www.facebook.com/
bmwk](https://www.facebook.com/bmwk)



[www.instagram.com/
bmwk](https://www.instagram.com/bmwk)



[www.twitter.com/
bmwk](https://www.twitter.com/bmwk)



[www.youtube.com/
wirtschaftspolitik](https://www.youtube.com/wirtschaftspolitik)



[www.linkedin.com/
bmwk](https://www.linkedin.com/bmwk)



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

24. Oktober 2022

Gestaltung

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

Bildnachweis

S. 2: Dominik Butzmann / BMWK; S. 7: Leonid Ikan / adobe stock;
S. 15: Studio-FI / adobe stock; S. 17: bitteschön.TV; S. 20: Anton Ba-
lazzh / adobe stock; S. 22: UNFCCC; S. 24: Lemon_tm / adobe stock;
S. 25: BMWK

Weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.